Nummer 20 — Hannover, 18. Mai 1912 — 21. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Wissenschaft oder Entartung?

Am 24. März dieses Jahres hat Professor Ludwig Bernhard vor der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf einen Vortrag über „Die Zukunft der Sozialpolitik" gehalten. Die Tatsache, daß die Eisenhüttenleute, die Erzreaktionäre, sich über eine sozialpolitische Frage einen Referenten holten, der noch vor wenigen Jahren ein erhebliches Maß sozialer Einsicht bekundete und an die Sozialpolitik sehr fortschrittliche Anforderungen stellte, konnte einigermaßen überraschen. Aber die Scharfmacher kannten ihren Mann. Sie wußten, daß Bernhard inzwischen „umgelernt" hat und aus einem Kämpfer für zu einem Kämpfer gegen Sozialpolitik geworden ist. Und so hatten sie denn das Vergnügen, eine Paulus-Philippika zu hören, die, wie fast alle Bekenntnisse von „Bekehrten", alle Götzen von gestern mit einem geradezu verdächtigem Eifer verbrennt.

Bernhard untersucht einleitend die Schäden unsrer Arbeiterversicherung und kommt zu dem zwar nicht neuen aber herzlich einfältigen Resultat, daß die Versicherung die Arbeiter demoralisiert, weil sie die Rentensucht großzieht und zur Vortäuschung von Erkrankungen führt. Wörtlich sagte er:

„Ein Blick in die medizinische Literatur läßt erkennen, daß die Lehre von der Simulation (Vortäuschung von Krankheiten) und Aggravation (Verschlimmerung bestehender Krankheiten) geradezu eine besondere Wissenschaft geworden ist seit der Arbeiterversicherung und durch die Arbeiterversicherung."

Bernhard hat für die Richtigkeit seiner Anschauung außer den bekannten tendenziösen Mitteilungen des früheren Senatsvorsitzenden im Reichsversicherungsamt, Dr. Friedensburg, keinerlei Beweismittel. Ein Gang in ein größeres Arbeitersekretariat, eine kurze Durchsicht der Akten über Streitfälle mit den Versicherungsinstanzen hätten ihn, wenn anders er überzeugt sein will, gezeigt, daß die Versicherungsinstitute nichts weniger sind als Versorgungsanstalten für Simulanten. Aber der Herr Professor weiß es besser. Wie gut er über die Einrichtungen der Krankenkassen und über die Ansprüche der Arbeiter unterrichtet ist, zeigt folgender Satz:

„Der Versicherte beansprucht ein, zwei, drei Jahre und noch länger seine elektrischen Sitzungen, seine Bäder und Massagen, verlangt sechs- bis achtwöchentliche Reisen im Jahr."

Unsre Mitglieder werden mit Staunen erfahren, wie anspruchsvolle Menschen sie eigentlich sind. Die Arbeiterversicherung schafft ja Zustände, die Durchschnittskapitalisten veranlassen sollten, umzusatteln und Lohnarbeiter zu werden. Leider schafft sie diese Zustände nur in der überreizten Phantasie eines Professors, der vielleicht mancherlei weiß und kann, von der Arbeiterversicherung aber weniger versteht als wie der Maulwurf von der Astronomie.

Nach der Arbeiterversicherung behandelte Bernhard den Arbeiterschutz. Auch da hat er unendlich viele und schwere Schäden entdeckt. Er ist ein Herz und eine Seele mit den Scharfmachern, die ihm zuhören und die „seit Jahrzehnten darauf hingewiesen haben, daß die deutsche Sozialpolitik durch gewisse Einrichtungen zu einer Ausschaltung der privaten Initiative, zu einer Hemmung der Unternehmungslust, zu einer Vernichtung der Selbständigkeit führe und daß zahllose bureaukratische Eingriffe den Fortschritt unsrer Industrie erschwere". Das ist just dasselbe Klagelied, das wir von allen Scharfmachern alle Tage und in allen möglichen Variationen gehört haben. Obwohl es aber schon vor Jahrzehnten und ebenso eindringlich wie heute erhoben wurde, hat die Erfahrung gezeigt, daß genau das Gegenteil der Prophezeiung eingetroffen ist. Der glänzende Aufschwung der deutschen Industrie ist nicht trotz, sondern eher wegen unsrer Sozialpolitik erfolgt. In welcher Richtung Bernhard den Arbeiterschutz reformieren will, läßt er dann durchblicken. Er wendet sich gegen das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche in Walz- und Hammerwerken, gegen die Einschränkung der Ueberarbeit und gegen die Regelung der Pausen. Und mit jenem Eifer, der bei Renegaten so häufig ist, der aber bei ihnen doppelt unangenehm berührt, wendet sich Bernhard gegen die „übereifrigen Sozialpolitiker", die „ohne Rücksicht auf die entstehenden Folgen, ohne genaue Kenntnis der Praxis neue Maßnahmen fordern, um sich den Arbeitermassen gefällig zu zeigen". Und derselbe Bernhard, der noch 1905 auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim von der „Wohlfahrtsplage" der modernen Unternehmungen sprach, der noch 1906 auf der Generalversammlung desselben Vereins in Jena darauf hinwies, daß es nur eine Veränderung der Unternehmertaktik sei, wenn in manchen Betrieben „an Stelle der Brutalität das unheimliche Wohlwollen der Macht" getreten sei, derselbe Bernhard bedauert jetzt die „Einengung der privaten Initiative" (das heißt in verständlicherem Deutsch: die Einengung der Wohltaten durch das Recht) und spricht von der „Hetze, welche von den Arbeiterführern gegen das Prämiensystem inszeniert wird". Es ist doch eine eigene Sache mit der Anpassungsfähigkeit.

Die Angriffe auf die Arbeiterversicherung und den Arbeiterschutz bildeten jedoch nicht den Kernpunkt, sondern eigentlich nur die Einleitung zu den Ausführungen Bernhards. Ihnen folgte als schweres Geschütz ein gänzlich unmotivierter und sachlich nur unter ganz bestimmten Gesichtspunkten erklärlicher Angriff auf das Organisationsrecht der Arbeiter. Die Ueberleitung von der Sozialpolitik zu den Gewerkschaften findet Bernhard mit der Behauptung, die Gewerkschaften hätten die auf sie gesetzten Hoffnungen, daß sie „ein Element der Sicherheit und der ruhigen Entwicklung" bilden würden, nicht erfüllt. Nun zeugt die Enttäuschung irgendwelcher Schlauköpfe, die sich einbilden, die Arbeiter organisieren sich, um den Unternehmern geduldige Ausbeutungsobjekte zu garantieren, nicht gegen die Gewerkschaften, sondern nur gegen die Väter so absurder Hoffnungen. Bernhard hätte also allen Anlaß, den eigenen Scharfsinn zu prüfen und nicht mit einem allzu geringen Grad von Gewissenhaftigkeit und Vorsicht über wirtschaftliche Erscheinungen zu urteilen und aus wirklichen oder auch vermeintlichen Tatsachen Schlüsse zu ziehen. Er tut jedoch das gerade Gegenteil. Weil die Gewerkschaften seine und seiner Geistesverwandten Hoffnungen nicht erfüllt haben, sind sie „entartet" und müssen durch Paragraphen und Schutzleute auf den rechten Weg gebracht werden. Und deshalb fordert Bernhard mehr Schutz der Arbeitswilligen. So endet die Wissenschaft da, wo die gewöhnlichste Scharfmacherei anfängt.

Wir hätten dieser professoralen Scharfmacherei, die gewiß weder originell noch geistreich ist, kaum einige Zeilen, jedenfalls nicht einen ganzen Artikel gewidmet, wenn nicht die Gründe, die Bernhard für die angebliche Entartung der Gewerkschaften anführt, den Fabrikarbeiterverband ganz besonders nahe berührten. Bernhard schreibt nämlich:

„Die Nationalökonomen und Politiker, die da glauben, daß die Arbeiter, sofern man ihre Organisationen nicht beeinträchtigt, sich mit Notwendigkeit dem klassischen Ideal . . . nähern werden, rechnen nicht mit dem Prozesse der Entartung, der sich mit Notwendigkeit aus manchen Ursachen ergibt, insbesondere aus der bedenklich zunehmenden Selbstherrschaft der Arbeiterführer, deren Interessen nicht immer identisch sind mit den Interessen der Geführten; dann aber auch aus dem Hineindrängen der ungelernten Arbeitermassen in Firmen, welche für gelernte Arbeiter und für abgeschlossene Berufsarten geschaffen worden sind."

Den Angriff auf die Führer der Gewerkschaften nimmt gewiß keiner der so Geehrten krumm. Die sind heute so oft Gegenstand öffentlicher Schmähungen, daß sie höchstens bedauern, daß die Unternehmer einen leibhaftigen Professor mit einer Aufgabe betrauen, die ein halbwegs dressierter Papagei auch verrichten kann.

Neu ist jedoch, daß Bernhard die Einbeziehung der ungelernten Arbeiter in die gewerkschaftliche Organisation als Entartung bezeichnet. Da er seine Auffassung nicht begründet, läßt sich nicht dagegen polemisieren, wobei wir die Frage, ob wir gegen einen Professor wie Bernhard überhaupt Tinte verbrauchen würden, offen lassen. Jedenfalls gehört eine ganz eigenartige Geistesverfassung dazu, das Aufstreben der gedrücktesten, unter den Schäden unsrer Wirtschaftsordnung am schwersten leidenden Arbeiterschaft als Entartung zu bezeichnen. Und wir können nicht umhin, zu bedauern, daß Menschen, die an ihr eigenes Urteil so geringe Anforderungen stellen, Professor werden und als Vertreter der Wissenschaft gelten können.

Erfreulicherweise rücken andre, namhafte Wissenschaftler von Bernhard ab. So hat der bekannte Nationalökonom Lujo Brentano seinen ehemaligen Schüler und Freund Bernhard in einem offenen Briefe in der „Frankf. Ztg." öffentlich gestäupt. Er weist Bernhards Entartungstheorie entschieden zurück, hält ihm seine Vergangenheit und seine früheren Anschauungen vor und fragt, auf Grund welcher Tatsachen er denn seine Ueberzeugung geändert habe. Er nimmt sodann die „Ergebnisse der Studien", durch die Bernhard seine neue Gesinnung gewonnen haben will, unter die Lupe und weist im einzelnen ihre vollständige Unhaltbarkeit nach. Dabei kommt er zu folgendem Resultat:

„Sie haben Ihre Kenntnisse der Ereignisse der letzten Jahre augenscheinlich lediglich aus Berichten der Arbeitgeberpresse geschöpft und jedwede Nachprüfung unterlassen, und so wiederholen Sie denn auch die Behauptung von der bedenklich zunehmenden Selbstherrschaft der Arbeiterführer, wie sie von denen, welchen die Organisationen unbequem sind, nun seit ungefähr einem Jahrhundert vorgebracht werden, und sehen in ihr ein weiteres Zeichen der „Entartung". Tatsächlich ist das Umgekehrte zu beklagen. Besteht doch gerade in dem zu geringen Maße von Selbstherrschaft der Arbeiterführer eine der Hauptschwierigkeiten, sowohl um den Ausbruch der Arbeitseinstellungen zu hindern, als auch eingetretene zu beenden. So bleibt denn von den „Ergebnissen Ihrer Studien", auf Grund deren Sie aus einem Saulus zum Paulus der Scharfmacher geworden sind, nichts übrig als Wiederholung von Interessentendarstellungen, die entweder auf völliger Unkenntnis der Geschichte oder auf bösem Willen beruhen.

Daß Sie mit Ihren neuen Anschauungen in dem Kreise, in dem Sie gesprochen haben, stürmischen Beifall fanden, ist selbstverständlich. Aber dächten Sie noch an Ihre Vergangenheit, so hätte eben dieser Beifall Sie stutzig machen müssen. Und hätten Sie noch das soziale Empfinden, das Sie früher beseelt hat, so würde Ihnen auch der Gedanke unerträglich sein, daß Ihre Mahnung, daß nichts gefährlicher sei als eine Politik der gekreuzten Arme, vielleicht zu den Urteilen der Duisburger Strafkammer beigetragen hat, welche, wenn der Zeitungsbericht richtig ist, sieben Frauen wegen Beleidigung Arbeitswilliger zu Gefängnisstrafen bis zur Dauer von vier Wochen verurteilt hat. Aber Erfolg werden Sie mit diesem Heilmittel ebensowenig haben wie die, welche Ihnen in Düsseldorf zujubelten.

Gewalt ohne innere Heilung ist das große Spezifikum aller politischen Stümper. Um zu ihm zu gelangen, braucht es auch keiner weiteren Erforschung des Kausalzusammenhanges der Erscheinungen, d. h. keiner Wissenschaft, dazu genügt der Glaube an die alleinseligmachende Kraft der Schutzmannschaft. Somit werden Sie es begreiflich finden, wenn Sie, bis Sie sich wieder der tieferen Begründung des Kausalzusammenhanges der sozialen Erscheinungen zuwenden, wissenschaftlich nicht mehr für mich in Betracht kommen."

Diese Abfuhr ist so gründlich, daß Bernhard in einer „Erwiderung" nichts tun konnte, als indirekt um mildernde Umstände zu bitten. Die müssen ihm tatsächlich in weitestem Umfange zugebilligt werden. Nicht nur, weil er weder die deutsche Sozialpolitik noch die deutschen Gewerkschaften kennt, sondern auch noch aus einem andern Grunde. Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß im Jahre 1906 sagte ein Redner: „Der Arbeiter, der heute Aufseher wird, wird ein Lump — man braucht nicht an Bestechung zu denken, nicht einmal an Diäten, sondern nur an die unheimliche Sicherheit des Kapitals über jeden, der in seine Nähe kommt." Der so sprach, hieß — Ludwig Bernhard, jetzt königlich preußischer Professor. Vielleicht hat er jetzt diese „unheimliche Sicherheit" am eigenen Leibe erfahren. —

Aus dem Reichstage.

Zwei Ferientage, mit denen sie beglückt geweilt, lösten bei der Mehrzahl der Reichsboten den Entschluß aus, so zu arbeiten, daß vor Pfingsten die Parlamentsferien begonnen werden können. Noch nach Pfingsten nach Berlin zu kommen, um mit den Resten der parlamentarischen Arbeit aufzuräumen, erscheint den Gesetzgebern fürchterlich und so darf man mit einiger Gewißheit annehmen, daß die Reichstagsarbeit kurz vor Pfingsten eingestellt wird. Kürzer werden schon die Reden, die Sitzungen aber länger.

Am Dienstag wurden die Anträge zur Geschäftsordnung weiter beraten. Die Regierung ist von dem Schritt des Reichstags, seine Rechte etwas zu erweitern, nicht erbaut, aber sie wird sich mit der Handhabung der neuen Geschäftsordnung abfinden.

Was ist eine Fraktion? Ueber diese Frage war bei Beratung der Geschäftsordnung auch zu entscheiden. Es gehören über 40 Abgeordnete dem Reichstag an, die sich in den Rahmen eines Fraktionsverbandes nicht hineinfinden wollen. Etwa nicht deshalb, weil die wirtschaftliche und politische Stellung, die sie einnehmen, sich mit jener einer andern Partei nicht verträgt; im Gegenteil, scharfe Trennungslinien sind gar nicht gegeben. Viele der Eigenbrödler könnten beim Zentrum, andre bei den Nationalliberalen oder den Konservativen Unterstand finden. Aber die abgesprengten Politiker, wie Graf Posadowsky, wollen wohl die Vorteile haben, die eine Fraktionsgemeinschaft bringt, aber auch die Unabhängigkeit genießen, die die Fraktionslosigkeit bedeutet. Alles gleich auf einmal ist wenig bescheiden. So wurden die Herzenswünsche der Reichsparteiler, die mit 13 Männlein Fraktionsrechte beanspruchen, nicht erfüllt.

Dann wurden die Fäden der Mischlingsehen weiter gesponnen. An die Seite des Kolonialsekretärs Solf traten Nationalliberale, Fortschrittler, Reichsparteiler, Konservative und Antisemiten. Ohne Rücksicht auf Klassen- und Rassenvorurteil siegte der Gedanke der Realpolitik. Für seine Verwirklichung war noch einmal geschickt der sozialdemokratische Abgeordnete David eingetreten.

Beim Etat des Reichsschatzamts schilderte der Sozialdemokrat Ebert die Verhältnisse der Reichsbeamten, wie sie sich nach der Besoldungsreform gestaltet haben. Durch Deklassierung der Stände beim Wohnungsgeldzuschuß sind sehr viel Härten zu verzeichnen. Der ganze Reichstag mußte das anerkennen. Selbst der Bundesrat konnte sich den Tatsachen nicht verschließen und sagte Abhilfe zu. Die Abhilfe ist im vorigen Jahre für 67 Orte erfolgt; sie ist aber wieder Stück- und Flickwerk. Eine sozialdemokratische Resolution fordert nun die Reichsregierung auf, die Unstimmigkeiten und Härten, die sich bei der Einteilung der Ortsklassen ergeben haben, baldigst zu beseitigen. Im Jahre 1918 soll eine völlige Neueinteilung der Ortsklassen erfolgen. Die sozialdemokratische Resolution gelangte zur Annahme.

Die Altpensionäre, das sind die alten Beamten, die vor Jahren in Pension gegangen und deren Bezüge nach den alten Gehaltsätzen ohne Berücksichtigung der Teuerung berechnet sind, fordern seit Jahren eine Besserung. Alle Parteireden empfehlen ihre Wünsche der Berücksichtigung. Jahr um Jahr fordert der Reichstag einstimmig Hilfe, bessere Hilfe für die Veteranen. Aber auch der Reichsbeutezug der Finanzreform von 1909 hat eine Erfüllung dieser Wünsche nicht gebracht. Wohl sind 5 Millionen mehr für diese Ausgaben eingestellt, die Bezugsbedingungen sind gemildert worden, aber die Notrufe nehmen kein Ende. Bei einem Etat von fast 3 Milliarden Mark sollen die kärglichen Mittel für die Veteranen nicht flüssig sein. Nationalliberale und andre Redner boten eine Wehrsteuer an! Warum gibt man nicht erst den alten Soldaten, was ihnen gebührt, bevor man zur Einstellung von 30 000 Mann mehr schreitet und dafür Hunderte von Millionen ausgibt? Der Veteranen hatte sich von den Sozialdemokraten Abg. Schöpflin angenommen.

Am Freitag kam das Wehrgesetz zur zweiten Beratung, die in wenigen Stunden beendet war. Fast unverändert wird die Vorlage Gesetz. Der Moloch Militarismus kann seine Saugnäpfe noch etwas tiefer in den Volkskörper hineinbohren. Die bürgerlichen Politiker sind so militärfromm geworden wie nur irgendeine Großmadkochin. In ganz kurzen Ausführungen bekundeten sie ihre Bereitwilligkeit, der Regierung die Wehrvorlage zu bieten. In unfreiwilligem Galgenhumor meinte Herr Bassermann: „Hoffentlich genügt sie für den Augenblick." Es wird nicht lange dauern und der Augenblick ist da, wo sie nach Versicherung der verbündeten Regierungen nicht mehr genügt. Mit Ausnahme der Polen und der Sozialdemokraten stimmte der ganze Reichstag geschlossen für die Vorlage. Wie ein Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau" behauptet, ist eine solche Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien für den Militarismus seit Bestehen des Reichstags nur einmal zu verzeichnen gewesen. Der folgende, von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag wurde abgelehnt:

„Vom 1. Oktober 1915 tritt bezüglich der Dienstpflicht folgende Bestimmung in Kraft:

Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften der Kavallerie und reitenden Artillerie die ersten zwei, alle übrigen Mannschaften das erste Jahr zum ununterbrochenen Dienste bei den Fahnen verpflichtet."

Eine Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei ersucht den Reichskanzler: „eine Verkürzung der Dienstzeit entsprechend der besseren geistigen und körperlichen Ausbildung der Jugend in die Wege zu leiten". Diese Resolution besagt gar nichts. Gerade deswegen wurde sie aber angenommen. Damit war die vorgesehene Tagesordnung erledigt. Für vier Uhr wurde eine neue Sitzung anberaumt, die, beginnend beim Kapitel Kriegsminister, den Militäretat behandelte. Der Sozialdemokrat Stücklen behandelte die militärischen Rechtsverhältnisse und forderte größere Sparsamkeit. Schulz begründete den Antrag: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei allen bundesstaatlichen Regierungen dahin zu wirken, daß die Jugend durch eine bessere geistige und körperliche Ausbildung

in Volksschulen und Fortbildungsschulen, unter Ausschluß jeder politischen Beeinflussung, zur Wehrhaftigkeit erzogen wird".

Vom Redner der Fortschrittspartei wurden Fälle angeführt, die dartun, daß der Geist im Offizierkorps ein äußerst feudaler ist. Wurde doch einem Aufnahmesuchenden die Aufnahme verweigert, weil — seine Tante Eierhändlerin gewesen. -y.

Zum Verbandstage.

Der 10. Verbandstag in Halle hatte die Aufgabe, die Finanzen des Verbandes zu regeln. Diese Aufgabe hat er gelöst, wenn auch nicht ganz so, wie es im Interesse einer Kampfesorganisation hätte geschehen sollen. Der 11. Verbandstag hat eine andre Aufgabe von großer Bedeutung zu lösen: Die Abgrenzung unsres Organisationsgebiets. Auch halte ich eine Regelung der Uebertrittsbedingungen für nötig. Wenn heute unsre Mitglieder in einen für uns nicht zuständigen Betrieb kommen, müssen sie innerhalb 13 Wochen übertreten. Das finde ich ganz in der Ordnung, nur müßten die Organisationen sich an diese Beschlüsse halten. Ich will damit hauptsächlich die Bauarbeiter treffen. Wenn heute ein Kollege von uns das Glück oder das Unglück hat, aus einem Betriebe zu gehen, aber in einem andern Betriebe keine Arbeit bekommt, da geht er auf den Bau. Hier heißt es gleich: Was hast du für Wäsche, ist alles in Ordnung? Jawohl, sagt er. Du mußt aber sofort übertreten. Hält man dem Bauarbeiter die Kongreßbeschlüsse und Kartellverträge unter die Nase, da erklärt er ganz einfach: Das geht mich nichts an. Wir haben unsre Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund unsrer Organisation erkämpft, infolgedessen mußt du auch die Beiträge in unsre Organisation bezahlen. Umgekehrt aber, wenn die Bauarbeiter infolge der Witterungsverhältnisse in bei uns zuständige Betriebe kommen und bei ihrer Organisation ist gerade die beitragsfreie Zeit, dann fällt es ihm gar nicht ein, zu uns überzutreten. Wir im Pl. Grund haben der erstgenannten und auch der letztgenannten Fälle sehr viel. Kollege Lewin hat da durchaus recht, wenn er Betriebsorganisationen fordert. Die Notwendigkeit dafür liegt schon längst vor. Wir haben hier im Pl. Grund eigentümliche Verhältnisse durchgemacht. Bei einer Lohnbewegung in der sächsischen Gußstahlfabrik haben sich stets ein halbes Dutzend Organisationen damit zu beschäftigen. Hier kommen Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Heizer und Maschinisten usw. in Frage. Es ist aber ein Metallbetrieb und die Metallarbeiterorganisation ist zuständig. Wir haben in der Hainsberger Papierfabrik schon den Anfang mit der Betriebsorganisation gemacht und wir werden in allen für uns zuständigen Betrieben in Zukunft so verfahren.

Ich komme nun auf die Branchengliederung zu sprechen. Wenn wir eine gute Abgrenzung finden, dann ist ja sozusagen die Branchengliederung schon da. Auch die Frage der Versicherung möchte ich streifen. Was der Kollege Wagner, Striegau, angeführt hat, ist kein schlechter Gedanke. Aber ich glaube, an dem Kostenpunkt wird er wohl scheitern; bei Zahlstellen mit 40 oder 50 unbesoldeten Beitragskassierern wird der Kostenpunkt ziemlich hoch werden. Ich würde hier vorschlagen, daß wir die 2 Pfg. von den 10 Pfg., die wir vom Hauptvorstand für die 55 Pfg. erhalten, einfach dem Hauptvorstand lassen, der hiervon einen Fonds anzusammeln und von diesem Geld dann etwaige Verunglückte zu unterstützen hat. Wenn jemand bei dieser Arbeit erkrankt, haben wir doch die Krankenunterstützung. Die Redaktion gab ja schon den Hinweis auf die Volksversicherung. (?) Wir wollen auch einmal abwarten, was die bringt, und dann wird sich noch einmal darüber sprechen lassen. Wir haben keine Veranlassung, die Privatgesellschaften zu erhalten. Die Arbeiterschaft hat schon viel geschaffen auf allen Gebieten, und wir werden auch diese Frage lösen.

Johann Bönisch, Plauenscher Grund.

Ueber die Abgrenzung unsres Agitationsgebiets sind schon recht viele Stimmen laut geworden, mancher gute Vorschlag ist neben manchem weniger brauchbaren gemacht worden. Alle Schreiber wollen aber jedenfalls das Beste für die Allgemeinheit. Der Verbandstag wird nun alle gemachten Vorschläge zu prüfen haben, und wiederum das Brauchbare aus allen Vorschlägen in eine Form bringen, die allen genügen wird. So ganz leicht wird das aber nicht gehen, weil sich einesteils die in Betracht kommenden Organisationen nicht mit allen Vorschlägen einverstanden erklären werden, andernteils es auch bei den einzelnen Kollegen hapern wird, eine ihnen liebgewonnene Organisation zu verlassen, und vielleicht in nicht ganz so gute Verhältnisse überzutreten. Mit Zwang ist hier nichts oder nicht viel zu erreichen. Beim Uebertritt in eine andre Organisation fallen bei den meisten Kollegen die Sätze der verschiedenen Unterstützungseinrichtungen ins Gewicht.

Aber wie bei allen Fragen auf dem gewerkschaftlichen Gebiet, muß hier in konsequenter Weise erwogen werden, wie und ob wir so gut wie andre Verbände die Aktionskraft vermehren, bezw. uns einen leicht funktionierenden Apparat schaffen können, der zu jederzeit und besonders in Ernstfällen nicht versagt. Um diesen Anforderungen unsrer Zeit zu genügen, müssen wir dahin streben, alle Arbeiter, die in für den Fabrikarbeiterverband zuständigen Betrieben arbeiten, für uns zu reklamieren. Wir werden ja vielleicht auch auf diese Weise Mitglieder an andre zuständige Organisationen abgeben müssen, aber irgendwo muß eine Grenze gezogen werden. Wo sollen wir denn hinkommen, wenn wir sehen, daß Leute schon 3—4 Jahre in direkt chemischen Betrieben mit chemischen Produkten arbeiten und im Metallarbeiterverband sind. In der Farbmüllerei der Elberfelder Farbwerke sind Leute organisiert — im Müllereiarbeiterverband. Im Bezirk Schlebusch befindet sich eine kleine Gummifabrik, wo die Leute ebenfalls im Metallarbeiterverband sind. Und die ganzen Gummiarbeiter der Firma Felten u. Guilleaume in Mülheim (Rhein) sind im Metallarbeiterverband. Das sind unhaltbare Zustände, die uns in der Agitation hemmen. Kommt man z. B. in der Hausagitation zu einem Kollegen, der in einer chemischen Fabrik als Hilfsarbeiter in der Reparaturwerkstätte arbeitet und man will ihn in unsern Verband aufnehmen, so sagt er prompt: Für mich ist der Metallarbeiterverband zuständig. Kommt dann ein Kollege vom Metallarbeiterverband, so wird er sagen: „Ich arbeite auf der chemischen Fabrik und gehöre in den Fabrikarbeiterverband." Aber in keinen Verband tritt er ein. Dasselbe Manöver wird schließlich gemacht bei den Holzarbeitern, Transportarbeitern und auch vielen andern Berufen, wie sie denn die Riesenbetriebe in sich vereinigen. Auch kann man bei den jetzigen Abgrenzungsgebieten niemals die Organisierten, für die zuständigen Organisationen, richtig erfassen. Wie kommen wir endlich einmal mit diesen Schwierigkeiten aus, versuchen wir Kartellverträge mit allen Berufsorganisationen dahingehend abzuschließen, daß vorweg einmal in den chemischen Betrieben der Fabrikarbeiterverband nur allein zuständig wird. Wenn es der Hauptinstanz gelingt, das andere ergibt sich von selbst. In der Hauptsache wird es sich um einen Kartellvertrag mit dem Metallarbeiterverband handeln, der „große Deutsche" wird sich wohl sträuben, aber hier darf nicht [illegible] Eigendünkel sein; was haben wir als Verband für Nutzen, sondern was profitiert die Allgemeinheit hieraus.

Zu Industrieverbänden werden wir ja doch einmal kommen müssen — auf dem Wege sind wir ja schon. Arbeiten wir also auf dieses Ziel zu, dann ist für alle Beteiligte viel gewonnen, besonders für die Orte, wo 4 bis 5 Zahlstellen existieren, welche im Grunde genommen zusammengehören und die weder leben noch sterben können.

Pfaff, Lippersieg.

Zement- und Ziegel-Industrie

Die Zementindustrie Preußens im Jahre 1911.

I.

Wie wir schon kürzlich in einem Artikel über die badische Zementindustrie mitteilten, haben die Gewerbeinspektionen im Jahre 1911 besondere Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in der Zementindustrie veranstaltet. Obwohl den amtlichen Erhebungen nicht sonderlich viel Bedeutung beigemessen werden kann, da sie mehr oder minder Rücksicht auf die Unternehmer nehmen, so hat die vorliegende Erhebung in der Zementindustrie doch eine Menge interessantes Material geliefert. Man braucht nur die Sprache der Beamten zu verstehen, so entrollt sich uns ein Bild der wirklichen Verhältnisse. Die allgemeine Produktionsweise der Zementindustrie mit ihren gesundheitsschädigenden Wirkungen haben wir schon in dem oben erwähnten Artikel gewürdigt, so daß hier nur die speziellen Beobachtungen Erwähnung finden können.

Insgesamt waren im Berichtsjahre in Preußen 89 Zementfabriken vorhanden, in denen durchschnittlich 18272 Arbeiter beschäftigt wurden. Davon waren 17078 erwachsene männliche Arbeiter, 519 erwachsene Arbeiterinnen, 613 jugendliche Arbeiter und 62 jugendliche Arbeiterinnen. Beschäftigt waren bei der Gewinnung und Förderung des Rohmaterials 2862 Personen, bei der Verarbeitung des Rohmaterials (Brechen, Mahlen, Schlemmen, Mischen, Pressen usw.) 4248 Personen, an den Brennöfen und beim Ausräumen und Transport des gebrannten Materials 3197 Personen, an den Zementmühlen und beim Verpacken des Zements 2744 Personen und bei sonstigen Arbeiten einschließlich der Kohlenmüllerei 5221 Personen. Von den 18 272 Arbeitern waren 7702 regelmäßig abwechselnd in Tag- und Nachtschicht beschäftigt. Die tägliche Arbeitszeit betrug für 95 Personen bis 8 Stunden, für 30 Personen bis 9 Stunden, für 14 963 Personen bis 10 Stunden, für 2508 Personen bis 11 Stunden und für 680 Personen über 11 Stunden. Von den 89 Zementfabriken arbeiteten 34 mit Drehöfen, 36 mit Schacht- oder Etagenöfen, 5 mit Ringöfen und 14 mit gemischten Ofensystemen.

Im Bezirk Danzig wurde nur eine Zementfabrik mit 46 Arbeitern gezählt. Ueber den Gesundheitszustand der Arbeiter wird hier berichtet, daß sich eine außergewöhnliche Zahl von Krankheiten der Atmungsorgane nicht ergeben habe. Die meisten Krankheiten (Influenza, Rheumatismus) seien auf Erkältung zurückzuführen, die in der Produktionsweise der Fabrik begründet lägen. Die Fabrik verarbeitet nämlich sogenannten Wiesenkalk, ein schlammartiges Material, das aus sumpfigem Gelände gewonnen wird, wobei die Arbeiter ständig der Nässe ausgesetzt sind. Die Staubbelästigung machte sich hier besonders beim Verpacken bemerkbar, da dies in alter Weise durch Einschaufeln in die Säcke oder Fässer geschieht. Um die ungünstige Wirkung der Staubplage zu mildern, werden nach Angabe der Fabrikleitung die Arbeiter bei dieser Arbeit häufig abgelöst. Weiter betont der Bericht, daß die Arbeiterschaft, die in nächster Nähe der Fabrik wohne, von der vorhandenen Wasch- und Badeeinrichtung nur wenig Gebrauch mache, dagegen aber, wie überall in Westpreußen, dem Schnaps kräftig zuspreche. Den Ursachen dieser Erscheinung scheint die Gewerbeinspektion aber nicht nachgespürt zu haben, das rechnet sie anscheinend nicht zu ihren Aufgaben.

Im Bezirk Potsdam waren drei Zementfabriken vorhanden, in denen 1396 Arbeiter Beschäftigung fanden. Die Aufbereitung des Rohmaterials geschieht auf trockenem Wege, so daß die Staubplage stark in Erscheinung tritt. Dies trifft besonders bei den Zerkleinerungsmaschinen und den Transport- und Abfüllvorrichtungen zu. Die Maschinen sind wohl alle an eine Entstaubungsanlage angeschlossen, doch läßt die Wartung dieser Anlage sehr zu wünschen übrig. Die Rohre sind häufig undicht, die Verschlüsse werden offengelassen, so daß der Zementstaub in erheblichen Mengen auszuströmen vermag. Eine schwere Schädigung der Arbeitergesundheit bildet auch das Ausräumen der Staubkammern und der Staubkanäle, in denen sich der von den Maschinen und Apparaten abgesogene Staub niederschlägt. Die Staubkanäle können dazu wegen ihres geringen Querschnitts nur von jugendlichen Arbeitern ausgeräumt werden.

Einem schroffen Temperaturwechsel und auch der Zugluft sind die Arbeiter ausgesetzt, die an den Dietz- und Schneideröfen beschäftigt sind. Um dem Staub einen raschen Abzug zu gewähren, liegen die Materialabziehstellen in der Regel vollständig offen, sie sind daher außerordentlich luftig und bilden die Ursache zu Erkältungen und rheumatischen Erkrankungen. Die gesundheitsschädliche Wirkung der Zementarbeit läßt sich am besten an den Krankheitsziffern ermessen. Obwohl in den fraglichen drei Fabriken allgemein nur kräftige Arbeiter eingestellt wurden und die größte Fabrik die Einstellung der Arbeiter von einer ärztlichen Untersuchung abhängig machte, sind doch im Jahre 1910 628 Krankheitsfälle festgestellt worden. Da in diesem Jahre 1835 Arbeiter beschäftigt wurden, ist über ein Drittel sämtlicher Arbeiter krank gewesen. Dieses Verhältnis wäre aber noch bedeutend ungünstiger, wenn der Arbeiterwechsel nicht so enorm gewesen wäre. Die drei Fabriken verfügen über einen ständigen Arbeiterstamm von ungefähr 570 Arbeitern. Alle andern kommen und gehen, so daß sich obige Krankheitsziffer im wesentlichen auf den Arbeiterstamm beschränken dürfte. Im Jahre 1910 wurden 1520 Arbeiter eingestellt, wovon 1340 alsbald wieder den Zementstaub von den Füßen schüttelten; dies ist wohl die treffendste Kennzeichnung der obwaltenden Arbeitsverhältnisse.

In den drei Zementfabriken ereigneten sich nicht weniger als vier tödliche Unfälle. Ein Arbeiter mußte in einem Zementsilo sein Leben lassen; er wurde von der einrutschenden Zementmasse verschüttet, wobei er erstickte. Ein andrer Arbeiter, der in der Rohmaterialtrocknerei beschäftigt war, stürzte durch eine Einwurfsöffnung in den Kalksteinbehälter, wo er in wenigen Minuten im Staub erstickte. Ein Arbeiter wurde auf der schiefen Ebene der Seilbahn von einem heruntersausenden Wagen, dessen Kuppelung sich gelöst hatte, erfaßt und zermalmt. Der vierte Unfall geschah durch Verbrennung. Der Arbeiter war an einem Schneiderofen mit dem Abziehen der Klinker beschäftigt; infolge hohler Stellen erfolgte im Ofen ein Zusammenbruch der Klinker, so daß die dadurch aus der Ofenöffnung herausschlagende Stichflamme dem Arbeiter schwere Brandwunden zufügte, denen er erlag. Die Gewerbeinspektion hat daraufhin angeordnet, daß den Ofenarbeitern Asbestschürzen geliefert werden müssen.

Im Bezirk Stettin wurden sieben Zementfabriken gezählt, von denen nur eine nach trockenem Verfahren arbeitet, während die übrigen das nasse Verfahren anwenden. Das Rohmaterial ist hier Kreide und Ton, das sich in erdigem Zustande vorfindet. Beschäftigt wurden 2007 Personen. Der Arbeiterwechsel ist auch hier sehr groß. So wurden im Jahre 1909 insgesamt 898 Arbeiter eingestellt, während 1125 Arbeiter ihre Abkehr nahmen. Die hauptsächlichsten Staubquellen entstehen hier außer beim Verpacken des Zements und beim Ziehen der Schachtöfen noch bei der Aufgabe von Trockenzusatz zu der geschlämmten Masse. Da sich der Schlamm zum Pressen nicht eignet, wird ein Teil davon auf Darren oder in Trockentrommeln getrocknet, dann staubfrei gemahlen und dem Schlamm beigemengt, wobei eine nicht unbedeutende Staubentwicklung entsteht. Bei den Drehöfen fällt diese fort, da bei diesen der Schlamm nicht erst zu Ziegeln gepreßt zu werden braucht, sondern direkt als Schlamm eingeführt und gebrannt wird. Dafür ist aber an den Drehöfen die Wärmeentwicklung außerordentlich hoch. Im Sommer werden hier bis zu 40 Grad Hitze gemessen.

Der Bezirk Oppeln hat zehn Zementfabriken aufzuweisen, in denen 2811 Arbeiter beschäftigt wurden. Hier wird im allgemeinen nach dem Trockenverfahren gearbeitet, wodurch sich naturgemäß auch die Staubgefahr erhöht. Obwohl der Bericht betont, daß nur etwa 1700 Arbeiter seßhaft seien und der übrige Teil sehr häufig wechsle, wurden doch im Jahre 1910 1613 Krankheitsfälle mit 25 925 Krankheitstagen gezählt. Es waren mithin 57 Prozent der gesamten Arbeiterschaft krank und jeder Krankheitsfall hatte eine durchschnittliche Dauer von 16 Tagen. Für Wascheinrichtungen, Badeanstalten, Aufenthalts- und Speiseräumen war in acht Zementfabriken gesorgt. Die übrigen zwei Betriebe, zwei Neuanlagen, gaben an, diese Einrichtungen infolge des schlechten Geschäftsgangs nicht schaffen zu können, worauf ihnen eine Stundung bis 1912 gewährt wurde. Es ist nicht anzunehmen, daß die Herren Aktionäre dieses Betriebes ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt auf derartige Einrichtungen verzichtet haben, und deshalb ist die zarte Rücksicht auf den Geldsack, die übrigens auf Kosten der Arbeitergesundheit geschieht, recht unverständlich.

Im Bezirk Magdeburg sind vier Zementfabriken mit 1054 beschäftigten Arbeitern vorhanden. Der Arbeiterwechsel ist hier infolge vermehrter Arbeitsgelegenheit noch größer als in den bisher angeführten Bezirken. Für drei Fabriken, die zusammen 894 Arbeiter beschäftigen, betrug der Zugang im Jahre 1910 1075 Personen und der Abgang 1074 Personen. Bei dem vierten Betrieb, der sich in der Nähe von Kaliwerken befindet, soll der Wechsel sogar noch bedeutender sein. Der Bericht fügt dann noch hinzu, daß die Arbeiter vom Lande, wo die Arbeitsgelegenheit fehlt und die Leute durch Pachtland oder eigenen Landsitz gebunden seien, auch mehr Seßhaftigkeit zeigten. Damit wird amtlich zugegeben, daß die Arbeiter, die an die Scholle gefesselt sind, für das Kapital ein gefügigeres Ausbeutungsmaterial bilden als diejenigen, die jeden Augenblick ihr Bündel schnüren können.

Die Gesundheitsverhältnisse liegen auch hier ziemlich ungünstig. Aus dem Nachweis einer Ortskrankenkasse geht hervor, daß die Zementarbeiter fast doppelt so häufig erkranken als die übrigen Versicherten. Von den Zementarbeitern erkrankten im Jahre 1910 42 Prozent, von den übrigen Kassenmitgliedern dagegen nur 22 Prozent. Ein Arzt hatte die Wahrnehmung gemacht, daß die an den Dietzschen Oefen beschäftigten Brenner eine auffallend graue Gesichtsfarbe und faltige Züge, also Zeichen des körperlichen Zerfalls, aufwiesen. Im allgemeinen betonten die Aerzte, daß die Arbeit in den Zementfabriken für lungenschwache oder lungenkranke Personen äußerst bedenklich sei und solle man derart veranlagte Arbeiter den Zementfabriken fernhalten. — In einer Zementfabrik kam ein Arbeiter dadurch ums Leben, daß beim Abfahren des Zements aus einem Schachtofen ein großer Klinkerblock stürzte und den Arbeiter zerquetschte. Um derartige Unfälle zu vermeiden, wurde angeordnet, die Blöcke im Ofen unter Anwendung von Preßluft anzubohren und durch eingespritztes Wasser zu sprengen. Dieses Verfahren ist bis jetzt mit Erfolg angewandt worden.

Kollegen!

Von Tag zu Tag mehren sich die Fälle des Lohnbetrugs durch die Ziegelmeister. Tausende von Ziegeleiarbeitern werden alljährlich um ihren schwer erarbeiteten Lohn betrogen. Die gerichtlichen Klagen haben nur zum Teil Erfolg, weil die auf Betrug ausgehenden Ziegelmeister Hab und Gut ihren Frauen abgetreten haben, so daß sie selbst „preußisch" eingerichtet sind. Um diesen Elementen das Handwerk zu legen, gilt nun für uns alle die Parole: Her mit der wöchentlichen Lohnzahlung!

Alle Betrügereien sind sofort der Agitationsleitung zu melden, damit wir die sauberen Patrone an den öffentlichen Pranger stellen können.

Aus dem Zwickauer Ziegeleigebiet.

Die Ziegeleiarbeiterbewegung, die langsam, aber sicher stets um sich greift, ist heute zweifellos in Sachsen am weitesten vorgeschritten. Damit soll natürlich keineswegs gesagt sein, daß sie hier ihren Höhepunkt erreicht hat. Nein, auch hier stehen noch gewaltige Scharen jedem Organisationsgedanken fern, so daß auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch sehr der Besserung bedürfen. Das trifft besonders für die Ziegeleien von Zwickau und Umgebung zu. Hier bieten sich uns noch Uebelstände in Fülle, ohne daß man besonderen Spürsinn zu entwickeln braucht. Dafür einige Beispiele:

In der Ziegelei Dietzsch u. M. ist vor allem kein Trinkwasser vorhanden. Die Wasserleitung spendet nur eine gelbe Brühe, die selbst zum Händewaschen zu schmutzig ist. Die Herren Besitzer scheinen kein Bedürfnis nach Trinkwasser zu haben; sie stillen ihren Durst wohl mit etwas anderem. Anders läßt sich diese grobe Vernachlässigung ihrer Unternehmerpflicht nicht erklären. Wollen die Herren dieser Pflicht nicht genügen, so mögen sie nur den Arbeitern ihren Geldbeutel zur Verfügung stellen, die Arbeiter wollen dann schon ohne Trinkwasser fertig werden.

Die Mannschaftsstube ist nicht heizbar, da der Ofen fehlt. Dieser Mangel macht sich besonders im Frühjahr empfindlich bemerkbar, wo die Arbeiter der rauhen Witterung ausgesetzt sind. Dazu kommt dann noch, daß dieser Aufenthaltsraum wohl das Gerippe eines Fensters, aber keine Glasscheiben aufweist; diese werden durch Pappe und einen alten Sack ersetzt. Daß die Arbeiter ein solch kaltes, zugiges Loch meiden ist verständlich. Sie gehen während der Essenspausen nach dem Maschinenraum. Dort wurden sie kürzlich von einem der „Herren" hinausgewiesen mit der Bemerkung, sie sollten auf den Ringofen gehen. Der gute Herr selbst verzichtet natürlich darauf, auf dem Ringofen zu essen und die giftigen Gase dabei einzuatmen. Das ist nur für die Arbeiter gut genug. Wenn die Arbeiter ihre Arbeitskraft schon opfern müssen, um die „Herren" zu ernähren, dann können sie aber mit Recht verlangen, daß ihre Gesundheit nicht in übermäßiger Weise ruiniert wird.

In den Ziegeleien Kästner und Pfeifer ist es nicht viel besser bestellt. Die Mannschaftsstube starrt vor Schmutz. Da die fremden Arbeiter in diesem Raum kochen und essen, ist für die einheimischen Arbeiter kein Platz mehr, sie müssen sich beim Essen in alle möglichen Ecken oder in den Ringofen verkriechen. Die Schlafräume sind sehr mangelhaft und nach Geschlechtern nur durch eine dünne Bretterwand getrennt.

In der Ziegelei Klopfer ist die Mannschaftsstube viel zu klein, so daß beim Essen nicht alle Arbeiter Unterkunft finden. Außerdem ist sie stets in einem unsauberen Zustand, als würde sie nur alle Schaltjahre einmal ausgefegt. Dasselbe trifft auch für die Aborte zu. Recht jämmerlich sind in diesem Betriebe die Winterlöhne bestellt. In der Lehmgrube wurden bei schwerer Arbeit im vergangenen Winter oftmals nur 8 bis 10 Mark pro Woche verdient. Ob Herr Klopfer seine Stammtischausgaben mit einer solchen Summe zu bestreiten vermag, ist sehr zweifelhaft. Aber der Arbeiter — nun ja, der muß alles können. Deshalb kann den Ziegeleiarbeitern nicht laut genug zugerufen werden: Nützet die Sommerzeit in eurem Interesse!

Nun zu den beiden Ziegeleien des Millionärs Beyer. Auch bei diesem Herrn scheint kein großes Bedürfnis zum Wassertrinken vorzuliegen. Denn in der unteren Ziegelei ist Trinkwasser nicht vorhanden. Die Pumpe ist schon seit geraumer Zeit kaput, und selbst wenn sie in gutem Zustande ist, liefert sie kein Trinkwasser, sondern eine fettige Flüssigkeit, die nur als Brechmittel dienen kann. Denn die Trinkwasserleitung steht in direkter Verbindung mit der Wassergrube, aus der der Maschinenkessel gespeist wird und in die das abtropfende Maschinenöl sickert. Die Millionen des Herrn Beyer reichen eben nicht aus, um für das Trinkwasser einen besonderen Brunnen zu errichten. Da werden die Arbeiter schon noch einige Zeit tüchtig schuften müssen, damit es soweit reicht.

Der Aufenthaltsraum für die Frauen ist zu einem Strohlager umgewandelt worden, so daß die Frauen in der Mannschaftsstube Unterschlupf suchen müssen. Ebenso erfolgt auch die Lohnauszahlung nicht dem Tarif entsprechend. Herr Beyer kann sich das aber nur erlauben, weil nach der vorjährigen Lohnbewegung wieder ein Teil der Arbeiterschaft in trauriger Kurzsichtigkeit dem Verband den Rücken kehrte. Es trifft denn auch hier das Sprichwort zu: „Alle Schuld rächt sich."

In der oberen Ziegelei ist die Aufzugsbrücke weder abgedeckt, noch mit einem Geländer versehen. Da unter der Brücke ständig Arbeiter verkehren, ist die Unfallgefahr jederzeit gegeben. Jeden Augenblick kann aus den die Aufzugsbrücke passierenden beladenen Wagen etwas herunterstürzen und eine Verletzung der Arbeiter herbeiführen. Auch die Kantinenverhältnisse sind in letzter Zeit hier zu einem Uebelstand ausgeartet. Früher hatte ein Arbeiter die Kantine zu verwalten, und die Arbeiter fuhren gut dabei. Aber der geringe Zeitverlust, der dabei entstand, ist dem Besitzer unangenehm und so wurde dieser Zustand beseitigt, die Kantine aufgehoben.

Auf das Drängen der Arbeiter, wiederum eine Kantine zu errichten, machte er einem Arbeiter das Anerbieten, die Kantine gegen eine Kaution von 50 Mk. zu übernehmen. Jedoch dürfe nur seine Frau in der Kantine tätig sein, und dann müsse er sich verpflichten, im Falle eines Streiks weiterzuarbeiten. Der Kollege lehnte dieses beleidigende Angebot aber ab. Nunmehr hat Herr Beyer ein Inserat in den Zeitungen losgelassen, in dem er einen Kantinenpächter sucht. Die Pacht soll 30 Mark betragen. Der Kantinenpächter wird die 30 Mk. nicht aus seiner Tasche zahlen, sondern er muß sie auf die Warenpreise schlagen. So haben denn die Arbeiter nicht nur die Aufgabe, die Millionen des Herrn Beyer zu vermehren, sondern auch dem Kantinenpächter haben sie ihren Tribut zu zollen. Wir können den Arbeitern nur den Rat erteilen, die Kantine so lange gänzlich zu meiden, bis ihnen die Selbstverwaltung gewährt wird.

In der Ziegelei Aschenborn fehlt es ebenfalls nicht an Mißständen. Die Mannschaftsstube ist schmutziger als der Pferdestall. Die Frauen müssen, um zu ihrem Aufenthaltsraum zu gelangen, die Mannschaftsstube passieren. Des Sonnabends ist um 3½ Uhr nachmittags Feierabend. Aber bis 5 Uhr müssen die Arbeiter in der Regel auf ihre paar Lohnpfennige warten. Der Abbau in der Tongrube geschah seither auf Geheiß des Meisters Tautenhahn durch Unterschrämmen und Stürzen der drei Meter hohen Tonwand. Wäre dabei ein Unglück passiert, so hätte man die Schuld natürlich den Arbeitern zugeschoben. Sache der Arbeiter ist es, uns solche Fälle sofort zu melden.

Der Meister Tautenhahn nimmt in der Kantine für eine Flasche Bier 15 Pfennig, die in andern Geschäften für 14 Pfennig verkauft und in der Regel für 12 Pfennig geliefert wird. Für die kleine Flasche Bier, die in allen Geschäften für 7 Pfennig verkauft wird, nimmt er 8 Pfennig. Für ein Töpfchen schwarzen Kaffee läßt er sich ebenfalls 8 Pfennig geben, so daß es fast scheint, als müsse er die Kaffeesteuer in zehnfacher Höhe entrichten. Ein Brötchen, das der Bäcker für 5 Pfennig verkauft, kostet bei ihm 6 Pfennig. Dem Herrn ist wohl der § 115 der Gewerbeordnung unbekannt, nach dem alle Waren zum Selbstkostenpreis abgegeben werden müssen. Der kreditierte Betrag wird des Sonnabends direkt vom Lohn abgezogen, und stimmt dabei der abgezogene Betrag durchaus nicht immer mit der Rechnung der Arbeiter überein. Aber aller Protest der Arbeiter nützt nichts, der Abzug ist gemacht und damit basta. Hier bietet sich für die Gewerbeinspektion ein dankbares Arbeitsfeld, und wir hoffen, daß sie mit der Arbeit bald beginnt. Daß es in andrer Beziehung in diesem Betriebe nicht besser bestellt ist, versteht sich von selbst. So ist auch das Verbandzeug ein Luxusartikel. Als sich kürzlich ein Arbeiter eine äußere Verletzung bei der Arbeit zuzog, konnte ihm noch nicht einmal ein Stückchen Heftpflaster verabreicht werden.

Die Krone zu all diesen Uebelständen liefert aber zweifellos die Ziegelei Roth in Weißenborn. Hier sind nämlich drei Arbeiter direkt im Pferdestall einquartiert. Noch nicht einmal eine Bettstelle oder eine Holzpritsche hat man den Arbeitern geliefert, sondern in den Pferdeständen direkt auf der Erde haben sie ihr Lager aufgeschlagen. Das Lager besteht aus einer alten Matratze und einer alten, ehemaligen Pferdedecke. Bezug, Kissen oder Kopfkeil, Bettlaken, das alles sind hier Luxusgegenstände, deren der Arbeiter nicht bedarf. Der Stall wird durch ein vergittertes fensterähnliches Loch, das noch mit einem Sack verhängt ist, notdürftig erleuchtet und gelüftet. Um diese Scheußlichkeiten zu beseitigen, haben sich die Arbeiter nun dem Verband angeschlossen. Der Meister scheint sich aber unter diesen Uebelständen wohl zu fühlen, denn er hat nun dem Verbandskassierer das Betreten der Ziegelei verboten. Das wird uns aber nicht abhalten, diesen Betrieb der besonderen Aufmerksamkeit der Gewerbeinspektion zu empfehlen. Eine Besserung wäre hier wohl am ersten zu erzielen, wenn man Besitzer und Meister verurteilte, auch nur vier Wochen im Pferdestall zu kampieren. Da solche gerechte Strafen aber nicht verhängt werden, bleibt uns nur das eine Mittel: eine straffe Organisation.

Daran mangelt es aber auch hier noch sehr. Deshalb wird es den Unternehmern natürlich nicht schwer, über die Arbeiter zu triumphieren.

Streiks und Lohnbewegungen.

— Streiks und Differenzen bestehen in Badenhausen-Katzenstein (Gipsfabrik), Berlin (Kunststeinfabrik), Bremen, Braunschweig, Büzow i. M. (Papierfabrik), Celle (Farbenfabriken), Frankfurt a. M., Görlitz (Waggonfabrik), Hamburg, Hannover, Hann.-Münden (Zellulosefabrik), Neumünster, Nürnberg (Zelluloid-Industrie), Parchim i. Mecklb., Riesa a. d. Elbe (Futtermittelfabrik), Sommerfeld (N.-L.) (Ziegeleien), Strelitz i. M., Varel i. Oldenbg., Wunsiedel, Zeitz (Düngerfabrik), Zwickau.

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Erfolgreiche Lohnbewegungen im Gau 15.**

Bergedorf. Die Faserstoffzurichterei hat mit den Arbeitern ihres Betriebes einen neuen Lohntarif, bindend bis zum 1. April 1914, abgeschlossen, wobei neben einer Verbesserung der Akkordsätze (Mehrverdienst 1,20 Mk. pro Woche) eine Erhöhung der Tagelöhne erfolgt ist. Die Lohnsätze für Maschinenarbeiter, geübte Mischer, die mindestens ein Jahr eine Maschine im Betriebe selbständig geführt haben, betragen 45 Pf. pro Stunde, für jedes weitere volle Jahr 1 Pf. pro Stunde mehr, bis zum Höchstlohn von 52 Pf. pro Stunde. Anfänger mit kürzerer Mischpraxis 40 bis 42½ Pf. pro Stunde. Für alle übrigen vorkommenden Arbeiten werden an Arbeiter über 18 Jahre 40 Pf., für Arbeiter von 17 bis 18 Jahren 35 Pf., und unter 17 Jahren 30 Pf. pro Stunde bezahlt. Frauen und Mädchen sowie jugendliche Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 20 Pf. Anfänger, die für ihr Fach angelernt werden, 25 Pf. Für Sonntagsarbeit und Kohlenabladen wird ein Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde gewährt. Für Reinigen der Poliermaschine wird eine Stunde Lohn pro Woche vergütet. Die Arbeitszeit erfährt insofern eine Verkürzung, als an Sonnabenden um 5 Uhr Feierabend gemacht wird. Den im Tagelohn beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen wird für die Tage, an denen laut Arbeitsordnung eine kürzere Arbeitszeit eintritt, zwei Stunden Lohn extra vergütet. — Die Gaswerke, A.-G., bewilligten den Ofenarbeitern eine Lohnzulage von 3 Pf., den Platzarbeitern eine solche von 2 Pf. pro Stunde. Die Forderungen wurden durch den Verband eingereicht.

Bremen. Für die Arbeiter der A.-G. Kohlensäure-Industrie in Hemelingen wurden verbandsseitig Forderungen auf Erhöhung der Löhne, Aufschlag für Ueberzeitarbeit und Gewährung von Erholungsurlaub eingereicht. Durch Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern wurde eine Erhöhung des Lohnes für sämtliche Arbeiter um 5 Pf. pro Stunde und Sommerurlaub für Arbeiter, die ein Jahr im Betriebe beschäftigt sind, erreicht. — Ungefähr denselben Erfolg erzielten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Steingutfabrik „Witteburg", A.-G., in Farge bei Blumenthal. Die Verhandlungen zwischen Direktion und Verbandsleitung führten zu folgendem Ergebnis: Der Stundenlohn wird für alle Arbeiter und Arbeiterinnen um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit einem Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde vergütet. Den Akkordarbeitern wurden Aufschläge auf die bestehenden Akkordsätze gewährt, die ebenfalls einen Mehrverdienst von 4 Pf. pro Stunde im Durchschnitt ausmachen.

Harburg. Die Lohnbewegung in den Merkschen Guano- und Phosphat-Werken wurde durch Vergleichsverhandlungen zugunsten der Arbeiter beendet. Der Stundenlohn wurde von 42 auf 44½ Pf. erhöht. Ueberstunden werden mit 10 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 25 Prozent Aufschlag vergütet. Außerdem wurde eine seitens der Direktion in Aussicht gestellte Reduzierung der Akkordsätze retourgezogen.

Hamburg. Am 24. Februar d. J. entließ die Firma Alfred Neumann, Holzhandlung, neun freiorganisierte Arbeiter und stellte an deren Stelle 14 Gelbe ein. Eine Kommission, die bei dem Vertreter der Firma vorstellig wurde, erhielt den Bescheid, daß die Firma sich gelbe Arbeitskräfte für einen eventuellen Streik sichern müsse, damit sie ihren Betrieb aufrechterhalten könne. Beabsichtigt war also, die organisierten Arbeiter nach und nach zu entlassen und dafür Gelbe anzulernen. Infolge der eigenartigen Maßnahmen traten die Arbeiter in den Streik, und über den Betrieb wurde die Sperre verhängt. Nach mehreren Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Die Gelben werden sämtlich entlassen. Die Arbeiter treten wieder in ihre alten Rechte ein, verpflichteten sich aber, mit anders- oder nichtorganisierten Arbeitern zusammenzuarbeiten. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden. Das Angebot akzeptierten die Arbeiter und beschlossen nach sechswöchigem Kampfe, die Arbeit am 4. April wieder aufzunehmen.

Bei der Firma Gebr. Barsdorf, Kaffeesurrogatfabrik, in Altona wurden den Arbeitern Ferien, und zwar nach einjähriger Beschäftigung drei Tage, steigend mit jedem weiteren Beschäftigungsjahr um einen Tag, bis zur Höchstdauer von sechs Tagen Ferien, unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.

Der Firma Hirschberg, Oelkuchenmühle, wurden anfangs April Forderungen auf Erhöhung der Löhne unterbreitet. Da aber die Firma erklärte, keine Zugeständnisse machen zu können, traten die Arbeiter in den Streik. Nach einwöchiger Dauer erklärte die Firma sich zu Verhandlungen bereit. Außer der Einführung von Ferien und sonstigen Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bewilligte die Firma eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag für alle Arbeiter. Die getroffenen Vereinbarungen wurden auf zwei Jahre tariflich festgelegt. Nachdem die Arbeitswilligen entlassen, wurde am 21. April die Arbeit aufgenommen.

Die Arbeiter der Seifenfabrik von Fr. Lyncke erzielten eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich drei Stunden und eine Lohnerhöhung von 2 Mk. pro Woche. Des weiteren wurden die Einstellungslöhne um 2 Mk., steigend jährlich für Arbeiter um 1 Mk., für Arbeiterinnen nach vierteljährlicher Beschäftigung um 50 Pf. erhöht; Ueberstunden werden mit 15 und 30 Prozent Aufschlag vergütet. Ferner wird für das Mahlen von Seifenpulver eine Vergütung von 50 Pf. extra gewährt. Nachdem die Zugeständnisse der Firma die Zustimmung der Arbeiterschaft erfahren, wurde ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen.

Bei der Firma Ernst Schliemann, Export-Seifen-Fabrik, G. m. b. H., wurde ein Lohn- und Feriengesuch eingereicht. Der Erfolg ist folgender: Alle im Betriebe Beschäftigten erhielten eine Lohnzulage von 1,50 Mk. pro Woche, ferner wurden der Tag vor und der Tag nach Pfingsten freigegeben, so daß jetzt an vier Tagen im Jahre der Betrieb ruht. Auch die noch nicht ein Jahr im Betriebe Beschäftigten erhalten diese Tage vergütet. Die Arbeiter erhalten jetzt 31,50 Mk., die Arbeiterinnen 22,50 Mk. pro Woche Höchstlohn.

Altonaer Messer- und Sägewerk, Schmidt u. Höring. Der am 1. Mai abgelaufene Tarifvertrag war von der Organisation gekündigt und Forderungen auf Erhöhung der Löhne eingereicht. Mit einer Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde (45 auf 47 Pf.) für 18 Beschäftigte wurde die Bewegung beendet und wieder ein Vertrag auf 1 Jahr mit der Firma vereinbart.

Aktien-Gesellschaft Eiswerke Hamburg, Betrieb Steinbeck. Auch hier wurde der Tarif gekündigt. Die Verhandlung über die eingereichten Forderungen führten zum Abschluß eines dreijährigen Tarifvertrages, der für 10 Beschäftigte eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. pro Woche vorsieht.

Schickler, Bohe u. Ko., Patentmatratzenfabrik. Dieser Firma wurde eine Forderung auf Erhöhung der Einstellungs- und Höchstlöhne übermittelt. Erzielt wurde eine Erhöhung der Löhne um 2 Pf. und Gewährung eines 25prozentigen Aufschlages für Ueberstunden. In Frage kommen 16 Personen.

Newyork-Hamburger Gummiwaren-Komp. Die Belegerkolonne im Walzwerk und die Staubkammeinschneider erzielten eine Aufbesserung der Akkordsätze um 10 Prozent. In Frage kommen hier 23 Personen.

J. P. Kölln, Dampfmühle, in Friedrichstadt. Mit dieser Firma wurde vom Mühlenarbeiterverband und unsrer Organisation ein Tarif auf ein Jahr abgeschlossen. Erreicht wurde eine Arbeitszeitverkürzung um ½ Stunde pro Tag und an den Vorabenden vor den hohen Festen (Ostern, Pfingsten, Weihnachten) 2 Stunden. Der Lohn wurde für 12 Arbeiter um 3¾ Pf., für 4 um 4 Pf. und für 3 und 5½ Pf. pro Stunde erhöht. Außerdem für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten 5 und 10 Pf. Aufschlag und für die Müller für die Sonntagnacht 2 Mark extra.

Stuhr u. Lorenzen, Chemische Fabrik. Auch mit dieser Firma ist ein neuer Vertrag auf ein Jahr vereinbart worden, wonach eine durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag erreicht wurde. Als Ausgleich für diese Arbeitszeitverkürzung erhielten die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohns von 35 auf 40 Pf. und eine Erhöhung des Akkordlohnes um durchschnittlich 5 Prozent. Für Ueberstunden wurde ein Aufschlag von 10 und 20 Pf. bewilligt. Hoffentlich erkennen hieraus alle Arbeiter der andern Betriebe in Friedrichstadt, daß es auch für sie endlich einmal Zeit wird, daß sie sich auf sich selbst besinnen.

Oldesloe. Mit der Tapetenfabrik von Bärmann u. Ko. wurde ein Tarifvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Durch diesen Vertrag erreichte die Arbeiterschaft eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Vorabenden vor den drei hohen Festen um zwei Stunden. Außerdem erzielten die männlichen Arbeiter eine Erhöhung ihres Lohnes pro Woche um 1,20 Mk. bis 4,50 Mk. und die Arbeiterinnen von 90 Pf. bis 1,50 Mk. Die erreichten Vorteile kommen 25 Männern und 10 Frauen zugute.

Bei der Firma H. Sombühr, Sägewerk, wurde von der Organisation ein Tarifvertrag eingereicht, worin die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag und eine Erhöhung des Lohnes um 5 Pf. pro Stunde forderten. Die Firma erklärte sich sofort zur Verhandlungen mit dem Organisationsvertreter bereit und erkannte den Vertrag an.

Kiel. Die Hilfsarbeiter in den Töpfereigeschäften haben mit den Unternehmern einen neuen Tarif abgeschlossen, wonach der Stundenlohn um 1 Pf. erhöht wurde und außerdem für auswärtige Arbeiten eine Entschädigung vorgesehen ist. Für den Stalldienst der Kutscher wurde eine Vergütung von 1,50 Mk. pro Woche zugestanden.

Kellinghusen. In der Chemischen Reinigungsanstalt von Aug. Junge waren die Arbeiterinnen mit ihrer Lage unzufrieden. Der Grund dieser Unzufriedenheit war in der unzureichenden Bezahlung und der ungerechten Verteilung der Arbeit zu suchen. Diese Mängel sind abgeholfen worden durch Vereinbarungen zwischen der Organisation und Herrn Junge, wonach der Lohn für die 35 Arbeiterinnen pro Woche um zirka 1 Mk. erhöht wurde. Außerdem sieht der Vertrag eine jährliche Steigerung um 10 Pf. pro Tag vor, bis zu 2,50 Mk. Die männlichen Arbeiter hatten keine Forderungen gestellt.

— Barth. In der hiesigen Hartsandsteinfabrik sind nach mehrmaligen Verhandlungen eine Lohnaufbesserung von 2 Pfg. pro Stunde und einige wesentliche Akkordaufbesserungen zugestanden worden.

— Breslau. Bei der Firma Dübelwerke, G. m. b. H., reichten die dort beschäftigten Arbeiter Lohnforderungen durch den Verband der Fabrikarbeiter ein. Nach wiederholten Verhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuß und der Betriebsleitung kam eine Einigung zustande. Der Anfangsstundenlohn für über 18 Jahre alte Arbeiter wurde von 30 auf 32 Pf. erhöht. Auch einige Akkordpositionen wurden aufgebessert und sonstige Lohnzulagen gewährt. An den Sonnabenden wurde der 5-Uhrschluß eingeführt. Ebenso reichten die bei der Firma Emil Ephraim, erste schlesische Putzwollfabrik und Lumpensortieranstalt in Breslau, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnforderungen durch die Organisation ein. Die Verhandlungen, die zwischen der Direktion und der Verbandsleitung geführt wurden, brachten für die Arbeiterinnen eine Zulage von 1,20 Mk. und für Arbeiter eine Zulage von 1,80 Mk. pro Woche für jeden einzelnen. Durch treues Festhalten an der Organisation werden sich die Beteiligten das Erreichte auch zu erhalten wissen.

— Düsseldorf. In Düsseldorf-Gerresheim legten zirka 300 Ziegeleiarbeiter die Arbeit nieder. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und schlechte Behandlung waren die Ursachen. So werden zum Beispiel in der Ziegelei Niermann für 72stündige Arbeitszeit pro Woche 21 bis 28 Mk. bezahlt. Für die schwere Zieglerarbeit ein Stundenlohn von 28 bis 38 Pfg. Daß unter solchen Verhältnissen die Empörung der Arbeiter wächst, versteht sich von selbst. In der Ziegelei Niermann wurden drei Arbeiter entlassen. Als sie ihren Lohn verlangten, wurde ihnen gesagt, den können Sie sich nach Schluß der Kampagne holen! Die Arbeiter standen mittellos auf der Straße, ohne Geld, ohne Unterkun[illegible] Sie wurden dann von der Verwaltung des Fabrikarbeiterverbandes [illegible]ogis und Arbeit gebracht, auch wurde der Lohn eingeklagt. Wie wäre es aber geworden, wenn die Kollegen nicht Mitglied des Verbandes gewesen wären?

Zuzug von Zieglern nach Düsseldorf ist fernzuhalten.

— Parchim. Nach der Reichstagswahl schlossen sich die hiesigen Arbeiter zahlreich unsrer Organisation an. Sofort setzte eine intensive Hetze gegen uns ein, woran sich besonders die Geschäftsleitung der Zichorienfabrik beteiligte. Als die Kritik dieses Verhaltens in die Oeffentlichkeit drang, fürchteten die Besitzer der Zichorienfabrik um ihren Absatz und erklärten dem Verbandsvertreter, daß sie gegen die Organisation nichts einzuwenden hätten, und auch gewillt wären, die Löhne tariflich zu regeln. Nach dieser Erklärung schien Ruhe bei den Parchimer Fabrikanten eingezogen zu sein. Jedoch sollte dies nicht lange dauern. Die Arbeiter mehrerer Betriebe beschäftigten sich mit Lohnforderungen und reichten dieselben bei den Firmen ein. Von sämtlichen Firmen antwortete nur eine, welche inzwischen ein annehmbares Zugeständnis machte. Die übrigen Firmeninhaber hielten eine Versammlung ab und beschlossen, von sämtlichen Arbeitern Austritt aus dem Verband zu verlangen und dafür 20 Pfg. Zulage pro Tag anzubieten. Sämtliche Arbeiter lehnten das Angebot ab. Nun wurde eine einheitliche Aussperrung angedroht, aber daraus wurde nichts; denn nur drei Unternehmer sperrten aus. Darauf revidierten die Herren ihre Taktik, hoben die Aussperrungen auf und erklärten sich bereit, mit der Organisation zu verhandeln. Das Ergebnis steht bei Abschluß dieser Nummer noch aus.

— Plauenscher Grund. Seit Oktober 1911 hat die Firma Wellpapierfabrik von Feodor Schön, Hauptgeschäft in Köln, in Gittersee ein Zweiggeschäft errichtet. Gleich nach Eröffnung dieser Filiale glaubte die Firma der Arbeiterschaft eine Fabrikordnung aufzwingen zu können, die für organisierte Arbeiter unannehmbar war. In einer Betriebsversammlung wurde eine Kommission beauftragt, zwecks Abänderung mit der Firma in Verbindung zu treten. Die Firma versuchte nicht nur der Arbeiterschaft den Versammlungsbesuch zu verbieten, sondern sie wollte überhaupt jede Kritik an der Fabrikordnung verhindern. Es wurden deshalb kurz vor der Besprechung einige Arbeiter zum Unterschreiben dieser Fabrikordnung ins Kontor gerufen. Dann versuchte der Meister die Arbeiterschaft in der Versammlung zu überwachen. Da er aber von den Anwesenden als überflüssig betrachtet wurde, setzte er seine Beobachtungen vom Gastzimmer aus fort. Einige Tage später rächte er sich an einem Kommissionsmitglied und entließ diesen „Heyer". Der Meister suchte nunmehr vergeblich, der Arbeiterschaft von den unnützen Verbandsbeiträgen abzuraten. Eine Arbeiterin, die ihre entgegengesetzte Meinung zum besten gab, wurde entlassen. Wiederum setzte der Meister seine Agitation gegen die Verbandsmitglieder sowie gegen die Verbandsleitung in gehässiger Weise fort. Die Arbeitsverhältnisse wurden verschlechtert und Akkordabzüge vorgenommen. Kein Wunder, wenn dadurch die Unzufriedenheit sich bis zum höchsten Maße steigerte. Hierauf fand abermals eine Betriebsversammlung statt, um zu diesen unerträglichen Vorkommnissen Stellung zu nehmen. Obwohl von dem Meister wieder gegen die Versammlung gearbeitet wurde, waren die Beschäftigten zahlreich erschienen. Am andern Tage setzte die Firma ihren Vernichtungsplan fort und entließ abermals eine von dieser „roten Bande". (Diesen Ausdruck gebrauchte der Meister.) Hierauf suchte die Verbandsleitung diese Differenzen zu regeln; die Firma ließ sich aber auf keinerlei Vereinbarung ein, sondern steckte immer ihren Herrenstandpunkt heraus. Kaum hatte der Verbandsleiter den Betrieb verlassen, wurde von neuem gemaßregelt. Eine noch am selben Abend abgehaltene Betriebsversammlung beschloß nunmehr den Streik.

Mit froher Zuversicht glaubte die Firma schon in einigen Tagen ihren Betrieb mit Arbeitswilligen besetzt zu haben. Aber weit gefehlt. Alles Inserieren in den Zeitungen sowie Kartenschreiben half nichts, sogar die vom jungen Chef aufgenommene Hausagitation verlief erfolglos. Nach viertägigem Kampfe mußte die Firma ihren Standpunkt aufgeben. Sie verpflichtete sich, der Arbeiterschaft in allen ihren Bestrebungen nichts mehr in den Weg zu legen. Auch eine Regelung im Arbeitsverhältnis soll gemäß den Wünschen der Arbeiterschaft erfolgen. Die Arbeit konnte deshalb in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Hoffentlich hat die Firma aus dem geschlossenen und einmütigen Vorgehen der Arbeiterschaft ihre Lehren gezogen. Aber auch die Arbeiterschaft muß gerüstet bleiben, um eventuelle Vorkommnisse parieren zu können.

— Schwaan. Seit dem Jahre 1906 stehen wir mit den am Orte befindlichen Ziegeleibesitzern im Tarifvertrag. Seit dieser Zeit hat sich hier am Orte viel geändert. Die meisten Ziegeleien hatten bisher Handstrich, und es schien so, als ob sich darin auch wenig ändern würde. Aber diese Handstrichziegeleien hatten mit der Konkurrenz der zwei großen Dampfziegeleien zu rechnen, und um dieser zu begegnen, schlossen sie sich zu einer Einkaufsvereinigung zusammen; einmal um unlautere Konkurrenz zu beseitigen, und zweitens, um einige städtische Pachtziegeleien still zu legen. Letzteres gelang den Herren auch, denn die Stadt Schwaan war dumm genug, für einen billigen Zins, den die Verkaufsvereinigung bezahlte, die städtischen Ziegeleien liegen zu lassen. Sehr bald gingen einige Handstrichziegeleien dazu über, den Dampfbetrieb einzuführen. Die Herren glaubten nun, durch ihre Maßnahmen den Arbeitern gegenüber besser gerüstet zu sein. Als wir in diesem Jahr den Tarif kündigten, schrieben die Unternehmer zurück, daß sie wohl verhandeln, aber nichts bewilligen würden. In den Verhandlungen boten sie uns dann einen ganzen Pfennig Lohn mehr pro Stunde, und zwar nur für den Sommer; alles andre lehnten sie ab. Die Arbeiter lehnten einstimmig das Angebot ab. Es kam eine zweite Verhandlung zustande, in der wir einen gleichen Lohn für Winter und Sommer (bisher gab es im Winter 2—3 Pfennig weniger), Aufbesserung der Akkordlöhne und Abschluß eines Vertrages auf 3 Jahre erreichten. Hätten wir die größeren Ziegeleien mit im Bereich gehabt, dann wären weit bessere Resultate erzielt worden.

— Straßburg (Els.). Wie bereits mitgeteilt wurde, ist der Streik der Ziegler beendet. Am 4. Mai haben nochmals Verhandlungen durch Vermittlung des Geheimrats Gruber-Schiltigheim stattgefunden, die zu einem Resultate führten. Die Unternehmer standen bei den ersten Unterhandlungen am 29. April auf dem Standpunkte, für dieses Jahr keine weitere Zulage zu geben, jedoch sollte für das Jahr 1913 der Lohn pro 1000 Steine um 20 Pf. aufgebessert werden. Sie änderten bei den letzten Verhandlungen ihr Zugeständnis dahin, daß sie einen Einheitspreis für sämtliche Ziegeleien zugestanden, auch eine weitere Lohnzulage für dieses Jahr bewilligten. Die Lohnerhöhung für dieses Jahr beträgt nun für zwei Betriebe 20 Pf., für zwei Betriebe 30 Pf. und für zwei Betriebe 50 Pf. pro 1000 Steine. Der Einheitspreis ist auf 4,10 pro 1000 für ausgeschlemmtes Material festgesetzt. Damit ist eine der Hauptforderungen der Arbeiter erfüllt. Für das Jahr 1913 ist eine gleichmäßige Lohnerhöhung von 20 Pf. pro 1000 Steine zugesagt. So weit die Regelung der Löhne für die Kategorie der Stückwerker. Leider ist es nicht gelungen, für die

schlecht bezahlten Tagelöhner sowie für die Ofenarbeiter und Schlemmer ein positives Zugeständnis zu erreichen; die Unternehmer wollen dies mit den betreffenden Arbeitern selbst regeln. Wenn für diese Arbeiter nichts direktes erreicht wurde, so deshalb, weil eben nur ein Teil derselben bei Beginn des Kampfes dem Verbande angehörte und deshalb für sie nicht mit dem nötigen Nachdruck eingetreten werden konnte. Möge deshalb der Ausgang dieses Kampfes eine Lehre für sie sein. Zu einem Tarifabschluß ist es infolge der Starrköpfigkeit der Unternehmer — die ihnen aber in den letzten fünf Wochen teuer zu stehen kam — nicht gekommen; sie haben sich jedoch Herrn Geheimrat Gruber gegenüber verpflichtet, die getroffenen Vereinbarungen zu halten, und ein Ehrenwort, das Herrn Gruber gegenüber verpfändet ist, wiegt gesellschaftlich jedenfalls mehr als ein solches, das dem Gauleiter des Verbandes im vorigen Jahre gegeben und nicht gehalten wurde (Tarifabschluß im Herbst). Herr Geheimrat Gruber ist denn auch die zuständige Instanz für alle eventuell entstehenden Differenzen. Dem moralischen Erfolg, der von Beginn des Kampfes an auf seiten der streikenden Arbeiter war, ist also noch ein materieller beigefügt worden. Die Unternehmer wollten in diesem Kampfe die Organisation der Arbeiter vernichten, was ihnen aber vorbeigelungen ist. Einmütig traten die Arbeiter in den Streik, haben fünf Wochen standgehalten, ohne daß nur ein einziger abgefallen wäre, **trotz der jeden Tag wechselnden Situationen**, und genau so einmütig wurde auch der Kampf wieder beendet. Alle waren der Ueberzeugung, daß es bei noch besserem Ausbau der Organisation das nächstemal gelingen **muß**, die berechtigten Forderungen der Ziegler **ohne Abstriche durchzudrücken**. Alles, was auf den Ziegeleien arbeitet, auch die Frauen, muß sich dem Verbande anschließen. Das Vorgehen der Kollegen hat auch im übrigen Ziegelgebiet eingeschlagen. In Brumath haben die Kollegen, welche sich vor acht Wochen organisierten, einen Teilerfolg erzielt, die von Hochfelden haben sich in ziemlicher Anzahl dem Verbande angeschlossen, und auch in dem rückständigen Achenheim werden die Arbeiter einsehen, daß Einigkeit notwendig ist, wenn das Elend unter den Ziegeleiarbeitern beseitigt werden soll. Nachzutragen ist noch, daß die drei Arbeiter aus Beilheim, welche mit ihren Frauen als Streikbrecher zu Reis u. Bund kamen, nachdem die Hamburger weg waren, **nach ihrer eigenen Aussage Mitglieder des christlichen Verbandes** „mit dem langen Namen" sind. Diese Menschen hatten — nachdem sie einige Tage gearbeitet — den Mut, unsren Streikposten dreist und gottesfürchtig zu erklären, „**wenn ihr uns 300 Mark gebt, dann gehen wir wieder**". Diese Unver—frorenheit kann kaum überboten werden; dagegen waren die Hintzebrüder die reinen Engel. —

Während des Kampfes und bei den Unterhandlungen beliebten die Unternehmer immer auf die großen Verdienste der Ziegler (Stückwerker) hinzuweisen, bis ihnen mit folgender Aufstellung gedient wurde, die der beste Ziegler im Jahre 1911 machte. .... arbeitete mit seiner Frau und seinen Kindern vom 20. März bis 20. September und fertigte in dieser Zeit 476 500 Steine, das Tausend zu 3,90 Mk. Der Gesamtverdienst betrug 1758,35 Mk. Für die obige Zeit waren vollbeschäftigt Mann und Frau mit zusammen 3792 Arbeitsstunden an insgesamt 160 Arbeitstagen, ohne die event. Sonn- und Feiertagsarbeit. Die durchschnittliche Arbeitszeit des Mannes betrug auf **jeden** Arbeitstag 13,2 Stunden, die der Frau 10,4 Stunden. An 120 aufeinanderfolgenden Tagen hat die Frau täglich 11,4 Stunden gearbeitet. Werden die Regentage des vorigen Vorsommers in Abzug gebracht, an diesen konnte nicht gearbeitet werden, so kommt eine ganz unmenschlich lange Arbeitszeit heraus.

Der Verdienst beträgt für beide pro Stunde je 47 Pfg., dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß der 18 Jahre alte Sohn, welcher in der Nähe in einer Fabrik arbeitete, täglich drei Stunden und noch des Sonntags mithalf, ferner zwei noch schulpflichtige Knaben in der ganzen freien Zeit und während der Vakanz den vollen Tag mithalfen, neben einem andern Knaben, der für seine Mithilfe pro Woche mit 3 bis 4 Mk. entschädigt wurde.

So kam dieser „hohe" Verdienst zusammen. Dies ist aber ein Arbeiter im besten Alter und sein ganzes Leben auf der Ziegelei beschäftigt. Bedenkt man, daß der Lohn hier um 10 Pfg. pro 1000 Steine höher war als in andern Betrieben und nimmt dann einen älteren, weniger leistungsfähigen Arbeiter, der eine solche Mithilfe durch die Familie nicht hat, so ist gut auszurechnen, wie der Verdienst dann aussieht. Und dann ist dies nur ein halbes Jahr, die übrige Zeit kann der Arbeiter in den meisten Fällen sehen, wie er sich durchschlägt. Daß hier fortschreitend Besserung geschaffen wird, ist Aufgabe des Verbandes.

— **Wolgast.** Die Kollegen von der Farbholzfabrik Schmidt forderten 4 bis 5 Pfg. Lohn pro Stunde mehr und einige Akkordaufbesserungen. Die Firma antwortete nicht, ließ aber der Kommission mitteilen, daß sie (die Firma) mit dem Gauleiter des Verbandes verhandeln wolle. In der Verhandlung gestand sie einen Pfennig Lohnzulage pro Stunde zu, aber auch den erst — vom 1. April 1913 an. Die Arbeiter lehnten dies Angebot ab und teilten dies der Firma mit, erhielten aber keine Antwort. Auf ein zweites Schreiben teilte die Firma mit, daß sie bereit sei, schon vom 1. Juli 1912 an 1 Pfg. pro Stunde zuzulegen. Auch dies lehnten die Kollegen ab und traten darauf am 1. Mai in den Streik. Gleich darauf wandte sich die Firma nochmals schriftlich an uns und bot uns folgendes an: ab 1. April 1912 1 Pfg. und ab 1. Juli 1912 wiederum 1 Pfg. mehr pro Stunde. Auch dies lehnten die Kollegen einmütig ab. Die darauf folgende Verhandlung mit der Firma ergab nun folgendes Resultat: ab 1. Mai 2 Pfg. pro Stunde und ab 1. Juli ein weiterer Pfennig pro Stunde mehr und Aufbesserung der Akkordlöhne entsprechend den Forderungen. Auch ist die Firma gewillt, einen Vertrag mit uns abzuschließen. Die Arbeiter nahmen nunmehr das Angebot an. Wenn es uns gelungen ist, die Firma Schmidt zu einem andern Standpunkt zu bekehren, so liegt dies einzig und allein an der Einmütigkeit der Arbeiter.

— **Zwickau.** In der Dampfziegelei von E. Frey stand die Arbeiterschaft vom 22. April bis 3. Mai im Streik. Die Ursache ist in verschiedenen Veränderungen in der Produktionsweise zu suchen, welche eine Lohnerhöhung bedingen. So wurde im vorigen Jahre ein Umbau des Ringofens vorgenommen und in diesem Jahre noch eine Ziegelpresse aufgestellt, welche die langgeschnittenen Ziegel zum Trocknen auf den neuerbauten Ofen verschiebt. Herr Frey war nun der Ansicht, daß auf zwei Pressen mit doppelter Arbeiterzahl auch das doppelte Quantum Ziegel fertiggestellt werden müsse, wenn dies nicht der Fall ist, so läge dies an dem Wollen beziehentlich Nichtwollen der Arbeiterschaft — folglich könnten bei zwei Pressen die Akkordsätze auch nur die Hälfte betragen. Herr Frey kann oder will scheinbar nicht begreifen, daß eine Verdoppelung der Produktion durch Aufstellung einer neuen Maschine eine Unmöglichkeit ist; denn jede Betriebsstörung, jedes geringste Vorkommnis im Betriebe beeinträchtigt doch auch die Produktion in doppelter Weise. Selbst angeführte Beispiele aus andern Ziegeleien mit gleicher Produktionsweise konnten ihn nicht zu der Ueberzeugung bringen. Die Arbeiter denken allerdings anders als Herr Frey, weil sie die praktische Erfahrung hinter sich haben. Sie wissen ganz genau, daß bei einer Produktion mit zwei Pressen pro Presse ein Minus von ungefähr 7000 bis 10 000 Stück Ziegel wöchentlich entstehen wird, weshalb eine Aufbesserung der Akkordsätze eine Notwendigkeit war. Auch bei den Einsetzern traten Beschwerden zutage, indem sie die Ziegel mittels Fahrstuhls vom Ofen herabbefördern mußten, wodurch erheblicher Zeitverlust entstand. Sie verlangten eine Aufbesserung, da die gewährte Zulage von 5 Pfg. pro 1000 Ziegel die Differenz zwischen längerer Arbeitszeit oder größerer Arbeitsleistung nicht ausgleicht. Da Herr Frey mit seinem Zugeständnis zu lange auf sich warten ließ, so stellte die Arbeiterschaft die Arbeit ein. Am 3. Mai fanden unter Mitwirkung eines Mitgliedes des Arbeitgeber-Schutzverbandes Verhandlungen statt, bei denen eine Einigung erzielt wurde. Den [illegible] wird bei [illegible] mit einer Presse ein vierter Mann als ständiger Arbeiter beigegeben, wodurch die tägliche Produktion sowie der Arbeitsverdienst eine Steigerung erfahren. Bei zwei Pressen tritt für Lehmlader, Abträger, Abschneider und Handträger eine Zulage von 1 Pfg. pro 1000 Stück Ziegel ein. Der Handträger auf dem Ofen erhält bei einer Presse eine Zulage von 1 Pfg. pro 1000. Die Einsetzer erhalten beim Transport der Ziegel aus den Trockenscheunen und dem Lagerplatz eine Zulage von 5 Pfg. und vom Ofen eine solche von 17 Pfg. pro 1000. Der Wochenlohn der Ziegelbrenner wurde um 1 Mk., der Minimallohn der Arbeiter um 2 Pfg. erhöht. Die getroffenen Vereinbarungen wurden auf zwei Jahre vertraglich festgelegt, so daß die festgesetzten Akkordsätze auf diese Dauer gesichert erscheinen.

Aus diesem Kampfe kann die übrige Ziegeleiarbeiterschaft die Lehre ziehen, daß bei einem guten Organisationsverhältnis und festem Zusammenhalt der Arbeiter der Erfolg nicht ausbleibt. Wo aber Gleichgültigkeit, Interesselosigkeit, Zwiespalt und falsche Zufriedenheit in den Reihen der Arbeiter herrscht, kann von einer Verbesserung ihrer Lebenslage keine Rede sein. Deshalb, Ziegeleiarbeiter, muß es für euch heißen: „Weiter agitieren und disziplinieren, das Heer der Abseitsstehenden, Indifferenten verringern und die Reihen der Unaufgeklärten lichten", dann werden auch auf der ganzen Linie Erfolge zu verzeichnen sein.

Korrespondenzen.

Mannheim. Der gewerkschaftliche Kampf bringt zuweilen Vorkommnisse mit sich, die zwar, bei Licht betrachtet, nur kleinliche Verdächtigungen einzelner Arbeiter gegen ihre Vertrauenspersonen sind, die jedoch den Verdächtigten zwingen, die Aussprenger der Verdächtigungen vor Gericht zu ziehen, weil sonst Menschen, die stets Material suchen, um die Vertrauenspersonen und mit diesen die Organisationen herabzusetzen, solche unbegründete Verdächtigungen als Wahrheit weiter kolportieren und dadurch versuchen, das Vorwärtsschreiten der Bewegung zu hemmen. Ein solcher Fall hat sich kürzlich in der Papierfabrik „Papyrus", Waldhof, zugetragen. Dort wurde dem Geschäftsführer Fröhlig nachgesagt, er sei im Kontor der „Papyrus" gewesen und hätte sich vielleicht auch bestechen lassen. In der „Papyrus" war es öfter zu Differenzen gekommen, weil Arbeiter gezwungen wurden, ihre Wohnung im Papyrusheim zu nehmen; die es nicht taten, wurden entlassen. Es haben deshalb auch Klagen beim Gewerbegericht stattgefunden und bei dieser Gelegenheit ist Geschäftsführer Fröhlig mit dem Vertreter der Firma zusammengeplatzt, was beinahe zu einer Beleidigungsklage geführt hätte. In verschiedenen Betriebsversammlungen wurde dann von der Arbeiterschaft das Verlangen gestellt, von der Direktion zu fordern, daß ein Arbeiterausschuß gebildet werde, was auch nach großer Mühe geschah. Damit war nun vorläufig das notwendigste geschehen. Alles weitere, was die Arbeiterschaft wünschte, kann aber nur erfüllt werden, wenn der Ausbau der Organisation innerhalb des Betriebes gepflegt wird, was auch der größte Teil der Arbeiterschaft eingesehen hat. Nicht aber einzelne Quertreiber. Plötzlich kam die Verdächtigung, und man ist versucht zu glauben, daß diese **von interessierten Personen** zum Zwecke der Erzeugung von Uneinigkeit unter der Arbeiterschaft ausgesprengt worden ist. Es blieb nun unter diesen Umständen nichts weiter übrig als der Klageweg. Dem Angeklagten, der der mutmaßliche Aussprenger des Gerüchtes war, konnte nicht nachgewiesen werden, daß er auch den Verdacht der Bestechung ausgesprochen habe; er hatte nur von zwei andern Arbeitern erfahren, Fröhlig sei aus der „Papyrus" gekommen; es mußte deshalb ein Freispruch erfolgen.

Ein Direktor der „Papyrus" war als Zeuge geladen, aber **nicht erschienen** und deshalb vom Schöffengericht in Zeugenversäumnisstrafe genommen worden. Der Geladene hätte bekunden müssen, daß Fröhlig **überhaupt nicht im Kontor der „Papyrus" oder im Betriebe war**, damit wäre die Verdächtigung ohne weiteres als Schwindel aufgedeckt worden. Die Arbeiterschaft dürfte gut tun, in Zukunft den elenden Quertreibern nicht Glauben zu schenken, weil diese Elemente nur versuchen, eine Zersplitterung zugunsten der Arbeitgeber unter die Arbeiterschaft zu bringen und unter Umständen gelbes Gelichter im Betriebe zu züchten.

Gegnerische Gewerkschaften.

Christliche Gewerkschaftler als Kronzeugen der Scharfmacher.

Auf Grund von Mitteilungen der Zechenverwaltungen hat der Zechenverband im Ruhrbecken die Ausschreitungen und Belästigungen streikender Bergarbeiter gegen „Arbeitswillige" während der Ausstandsbewegung im März 1912 zusammengestellt. Auf nicht weniger als 28 Seiten Quartformat sind die einzelnen Fälle aneinandergereiht, jedoch ist die Darstellung so vorgenommen, daß eine Nachprüfung der einzelnen Ausschreitungen und Belästigungen geradezu unmöglich ist. Nun ist gewiß nicht abzustreiten, daß Ausschreitungen und Belästigungen vorgekommen sind, aber sie sind mindestens ebensosehr auf das Konto der **Arbeitswilligen** als auf das der Streikenden zu setzen. Immerhin, die Aufmachung wird bei den Kämpfen gegen das Organisationsrecht der Arbeiter eine Rolle spielen, die skrupellosen Schreier des Scharfmachertums werden den fetten Bissen zu würdigen wissen.

Es muß deshalb angemerkt und festgehalten werden, daß die christlichen Gewerkschaften die vorgekommenen Zusammenstöße nicht nur ursächlich mit verschuldet haben, sondern auch als direkte Materiallieferanten der Zechenherren eine Rolle spielen. Man beachte nur folgende Aktenstücke aus der Materialmappe der Zechenherren:

„Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands,
Bezirk Bochum, den 13. März 1912.

An die Verwaltung der Zeche „Pluto", Wanne.

Die Belegschaftsmitglieder Joseph St., Bochum, und Nikolaus M., Bochum, können wirklich nicht zur Arbeit kommen. Dieselben haben einen gefährlichen Weg. Bin gerne bereit, näheres mitzuteilen. Ich möchte noch sehr höflichst bitten, dieselben nicht zu streichen aus der Belegschaftsliste. Sobald die Sache hier in Bochum etwas sicherer wird, werden die beiden sofort kommen.

Mit besonderer Hochachtung!
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Bezirk Bochum.
Fritz Kuhnen, Bezirksleiter."

* *

„Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Eickel, 14. März 1912.

Werter Herr Betriebsführer!

Nachstehende Mitglieder meiner Zahlstelle haben sich über mangelhaften Schutz der Arbeitswilligen beklagt, da dieselben am Dienstag sowie auch Mittwoch durch Streikende stark belästigt und bedroht worden sind. Ich bitte hierdurch den Herrn Betriebsführer, diese Leute nicht als Streikende zu betrachten, da dieselben dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter angehören und dieser die Parole ausgegeben hat, unter keinen Umständen sich am Streik zu beteiligen. Auch bitte ich den Herrn Betriebsführer, mir eben auf der beiliegenden Postkarte mitteilen zu wollen, ob Sie geneigt sind, diese Entschuldigung der Leute von mir entgegennehmen zu wollen.

Zeichne achtungsvoll mit Glückauf!
Ihr ergebener Franz Willmes,
Vorsitzender der Zahlstelle Eickel.

Es folgen fünf Namen von Bergleuten."

Wahrlich, der Zechenverband hat die Hilfe dieser Organisation nötig gehabt, sonst hätte ja dem Inhalt der Scharfmacherschrift die Krone gefehlt.

Polizei und Gerichte.

§ Gewerkschaften als politische Vereine.

Versuche, Zahlstellen der gewerkschaftlichen Organisationen als politische Vereine zu betrachten und sie unter die Ueberwachungsbestimmungen des Vereinsgesetzes zu bringen, sind trotz der Zusicherung der Regierungsvertreter, daß das Reichsvereinsgesetz loyal gehandhabt werden soll, in den letzten Jahren zahlreich gemacht worden. Namentlich in den ostelbischen Gefilden versuchen die Behörden es recht oft und meist auch mit Erfolg, die Ortsvereine der Gewerkschaften für politisch zu erklären. Etwas ganz Besonderes hatte sich aber das Schöffengericht in Thorn geleistet. Es hatte die Leiter der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes zu je 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie es unterlassen hatten, Aenderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes der Polizeibehörde anzuzeigen. Die Anmeldepflicht besteht nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes bekanntlich nur für politische Vereine. Allgemeine Heiterkeit hat es seinerzeit erregt, wie das Thorner Gericht die politische Tätigkeit der Zahlstelle festgestellt hat. Das Gericht wußte nämlich über die Tätigkeit der Zahlstelle seit Bestehen des neuen Vereinsgesetzes überhaupt nichts, sondern schloß aus dem Umstand, daß die Zahlstelle früher unter dem alten Vereinsgesetz ab und zu Erörterungen politischer Art zugelassen hatte, auf den jetzigen politischen Charakter der Zahlstelle.

Das war dem Landgericht Thorn, das sich nach erfolgter Berufung der Verurteilten mit der Sache zu beschäftigen hatte, doch zu stark. Es lehnte die juristische Deduktion des Schöffengerichts ab. Zu dem damals ergangenen Urteile liegt jetzt die schriftliche Begründung vor. Wenn das Landgericht in der Urteilsbegründung auch den erstinstanzlichen Richtern unrecht geben muß, so ist das Urteil doch eine recht kräftige Absage gegen die schöffengerichtliche Juristerei. Es lautet in seinem wesentlichsten Teile:

„Es geht nun aber nicht an, wie es der Vorderrichter tut, aus der Tatsache der politischen Betätigung des Vereins **bis zum Jahre 1908** den Schluß zu ziehen, daß der Verein auch weiterhin dieselben Bahnen eingeschlagen und die gleichen Prinzipien bis zur Jetztzeit verfolgt hat. Wohl liegt die **Annahme** dafür außerordentlich nahe, jedoch fehlt es an einem strikten Nachweis dafür, der um so mehr den Angeklagten erbracht werden muß, als sie behaupten, daß infolge des neuen Reichsvereinsgesetzes der Verein streng gemieden habe, irgendwelche politischen Fragen in seinen Versammlungen zu besprechen und zu erörtern.

Von den Angeklagten darf der Nachweis, daß der Verein sich jeder politischen Tätigkeit enthalten habe seit Beginn des Jahres 1908, nicht verlangt werden, weil dies eine Abweichung von der allgemeinen Regel im Strafprozeß wäre, wonach den Angeklagten der Beweis ihrer Schuld geführt werden muß.

Die Angeklagten haben übrigens auch versucht, den Beweis zu erbringen für ihre Behauptung, daß der Verein eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten nicht bezweckte und zwar durch Benennung der Zeugen Leipart und Sickfold. Diese haben denn auch bekundet, daß der Zentralverband für die Holzarbeiter Deutschlands in keiner Weise sich politisch betätigte. Der Zeuge Leipart hat bei seiner Vernehmung ein Rundschreiben des Zentralvorstandes des genannten Verbandes an die Zahlstellen und eine Anweisung an die Leiter der Versammlungen zu den Akten überreicht. (Bl. 87.) Der Inhalt dieser Schriftstücke ist, soweit er wesentlich war, in der Hauptverhandlung vorgetragen worden.

Dort heißt es unter anderm:

‚Etwaige Anträge und Fragen politischen und religiösen Inhalts sind vom Leiter der Versammlung nicht zur Verhandlung zuzulassen.'

‚Es muß der alte Grundsatz bestehen bleiben, daß jedes Mitglied die Pflicht hat, wie jeder andre Staatsbürger sich in der politischen Partei politisch zu betätigen. Das muß aber außerhalb des Verbandes geschehen: der Deutsche Holzarbeiterverband soll unpolitisch sein und bleiben.'

Wenn das Berufungsgericht dadurch auch nicht die Behauptung der Angeklagten, daß der Verein in Wirklichkeit keinerlei politische Tendenzen zurzeit verfolge, für dargetan erachtet, so fehlt es doch eben an dem bündigen Nachweis des politischen Charakters des Vereins in der Gegenwart."

Aus diesen Gründen wurde auf Freisprechung erkannt. Die ganze Anklage beweist aber, wessen man sich von Behörden versehen kann und wie vorsichtig in den Zahlstellen der Gewerkschaften gearbeitet werden muß, wenn sie nicht in den Maschen des Vereinsgesetzes hängen bleiben wollen.

Verbandsnachrichten.

Vom 7. Mai an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Ludwigshafen 1600,—. Delmenhorst 800,—. Königsberg i. Pr. 500,—. Erfurt 350,—. Eilenburg 250,—. Köln 1800,—. Königswalde 340,—. Eutin 200,—. Schneidemühl 33,02. Mittenwalde 20,06. Mügeln (Bez. Dr.) 15,—. Jockgrim 11,10. Leipzig 1000,—. Stuttgart 1000,—. Frankenthal 500,—. Brandenburg 300,—. Hartha i. S. 500,—. Schongau 7,49. Hönningen 0,50. Dessau 1800,—. Wittenberg (Bez. H.) 300,—. Wunichendorf 190,—. Brieg 20,30. Strelitz 200,—. Nordenham 1,—. Magdeburg 3000,—. Dresden 3000,—. Waltershausen 800,—. Ohrdruf 200,—. Stade 2,—. München 4000,—. Pinneberg 300,—. Dresden 5,—. Wehlau 3,49. Nauen 2,04. Plauenscher Grund 1500,—. Halle a. S. 1000,—. Gotha 400,—. Tommitzsch 149,10. Offenbach a. M. 14,—.

Schluß: Montag, 13. Mai, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1912 haben eingesandt:

Saarbrücken, Schneidemühl, Schongau a. Lech, Düren (Rheinland), Lorch, Bodenwerder, Penzig, Osterode a. Harz.

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen:

Hönningen. Joseph Eickmann, Karten-Nr. 195 716.
Zeitz. Richard Rosenheinrich, Karten-Nr. 204 454.
Köln a. Rh. Gustav Ziehr, Karten-Nr. 246 564; Johannes Hauser, Karten-Nr. 167 803.
Görlitz. Adolf Linke, Buch-Nr. 486 208; Paul Grundmann, Karten-Nr. 238 694; Paul Walter, Karten-Nr. 224 982; Karl Kasper, Karten-Nr. 238 705.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen:

Straßburg. 10 Pfg. pro Woche für männliche Mitglieder, 5 Pfg. pro Woche für weibliche Mitglieder.
Luckenwalde. 10 Pfg. pro Woche für männliche Mitglieder, 5 Pfg. pro Woche für weibliche Mitglieder.
Tilsit. 10 Pfg. für männliche Mitglieder, 5 Pfg. für weibliche Mitglieder.
Wilster. 10 Pfg. pro Quartal.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
461040	Boleslaw Kozlowski	24. 9. 50	4. 3. 06	Berlin
367607	Joseph Schönberger	29. 10. 75	18. 6. 10	Redenfelden
204289	Friedr. Weise	4. 9. 72	8. 1. 08	Dessau
242295	Karl Schneider	25. 3. 84	22. 3. 07	Neumünster
465621	Peter Jörgensen	1. 9. 92	1. 2. 11	Flensburg
468331	Karl Nedderhut	21. 4. 79	24. 1. 11	Harburg
Karten-Nr.				
222357	August Bruns	18. 1. 94	8. 10. 11	Hannover
239946	Frida Fritzsche	9. 11. 85	26. 2. 12	Hamburg
172779	Heinrich Ide	29. 6. 93	10. 4. 11	Hannover
172891	Dora Brandt		1. 5. 11	Hannover
129823	Franz Turner	4. 1. 84	12. 3. 11	Auerbach

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Altrip. Adam Schneider IV, Rheingönheimer Str. 3.
Bützow i. Mecklbg. Johann Sievert, 2. Wallstr. 11, r.
Eisenach. Daniel Ave, Charlottenstr. 19.
Finsterwalde. Otto Brämisch, Forststr. 7.
Hönningen. Robert Meyer, Moltkestr. 26.
Ilmenau. Karl Findeisen, Lindenstr. 35.
Osterode. Auszahlung der Reiseunterstützung bei **Karl Menthe**, Alte Harzstr. 129.

Inserate.

Achtung! **Achtung!**

Zahlstelle Berlin.

Der Posten des Hauskassierers ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. [2,50 Mk] Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Nürnberg.

Der Posten eines Lokalbeamten ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. [2,— Mk] Die Kommission.

Beilage zum Proletarier

Nummer 20 — Hannover, 18. Mai 1912 — 21. Jahrgang

Chemische Industrie

Die Gefährlichkeit der Chromatbetriebe — eine Sage?

Wir haben vor kurzem dem Betriebsarzt der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Dr. Westhoven, nachgewiesen, daß er eine Kritik der von unserm Verband herausgegebenen Schrift: „Die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie" schrieb, ohne das Buch zu kennen. Er hatte einfach eine Besprechung des Buches durch den bayerischen Landesgewerbearzt Dr. Koelsch einseitig zurechtfrisiert. Wir entdeckten rechtzeitig den Ursprung und den Wert der Westhovenschen Kritik und waren genötigt, Herrn Westhoven einige derbe Wahrheiten zu sagen.

Heute müssen wir auf eine andre, gelinde gesagt, oberflächliche Buchbesprechung hinweisen. Es handelt sich um die in Nummer 1 der Zeitschrift „Gewerbehygiene und Gewerbekrankheiten" vom 1. Januar 1912 befindliche Besprechung des von Dr. Fischer herausgegebenen Werkes: „Die industrielle Herstellung und Verwendung der Chromverbindungen, die dabei entstehenden Gesundheitsgefahren für die Arbeiter und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung." Die Besprechung zeichnet ein Herr Hahn. Wir können uns beim Lesen der Besprechung nicht des Gefühls erwehren, daß der Referent kaum mehr als das Inhaltsverzeichnis und die Leitsätze Fischers durchgelesen, das grundlegende Material Fischers aber wenig oder gar nicht beachtet hat. Es finden sich in der Besprechung wiedergegeben: Ein kurzer Ueberblick über das Inhaltsverzeichnis und ein fast wörtlicher Abdruck der Leitsätze des zweiten Teiles. Erst der dritte Teil scheint Herrn Hahn etwas mehr zu interessieren; aber auch da merkt man die Oberflächlichkeit seiner Arbeit, beim Nachprüfen der betreffenden Stellen in der Broschüre, heraus. Er führt z. B. an, daß auf 100 Chromarbeiter 11,9 Fälle von äußeren Erkrankungen, verursacht durch Chromate, entfallen. Dabei entgeht ihm aber ganz und gar, daß Fischer nur die mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen zum Vergleich heranzog. Der Autor, der sehr gewissenhaft arbeitete, machte auf Seite 91 seiner Broschüre den gesperrt gedruckten Vermerk: „In den am besten stehenden Betrieben mit 0,4 und 3,1 Fällen sind aber, ohne daß eine Arbeitsunfähigkeit eintrat, 51,0 und sogar 123,1 Fälle von Hauterkrankungen einschließlich der Nase behandelt worden. Diese Tatsache beweist, daß bei sofortiger sachgemäßer Behandlung der Chromätzungen .... die Krankheitsfälle mit Erwerbsunfähigkeit in der Tat sehr stark vermindert werden können." Mit andern Worten gesagt: Fischer findet in den zwei am besten stehenden Betrieben pro 100 Arbeiter 0,4 respektive 3,1 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle, die auf äußere Einwirkung der Chromate zurückzuführen sind. Zugleich vermerkt er aber, daß in diesen günstig stehenden Betrieben 51 respektive 123,1 Fälle äußerer Chromaterkrankungen ohne Erwerbsunfähigkeit behandelt wurden. Nun weisen aber die schlechter gestellten Betriebe auf 100 Arbeiter elf, dreizehn, sechzehn und dreiunddreißig Fälle äußerer, mit Erwerbsunfähigkeit verbundener, Chromaterkrankungen auf, so daß jedenfalls auch in diesen Betrieben die Zahl der nicht mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen äußeren Chromaterkrankungen höher sein muß. Herr Hahn wird doch nicht etwa sagen wollen, Erkrankungen, die nicht zur Erwerbsunfähigkeit führen, seien keine Krankheitsfälle! Schon die Zahl der jährlich neu ermittelten Nasenperforationen — auf 100 Arbeiter 7,7 — hätte Herrn Hahn veranlassen müssen, mit der Wiedergabe einiger Durchschnittsziffern über äußere Chromaterkrankungen vorsichtiger zu sein. Von den inneren Erkrankungen bespricht er nur die Nierenerkrankungen, obgleich die Erkrankungen der Atmungsorgane den höchsten, die Erkrankungen der Verdauungsorgane den dritthöchsten Prozentsatz der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle aufweisen und ebenfalls einer Würdigung unterzogen werden mußten. Nur die Anilinarbeiter übertrafen in den gleichen Betrieben noch die Chromatarbeiter an inneren Erkrankungsfällen.

Diesen herzlich unkritischen sachlichen Bemerkungen folgen die Leitsätze des dritten Teiles auszugsweise. Hätte er hierbei ein wenig aufgepaßt, so müßte ihm der übernommene Absatz 5: „Am ungünstigsten scheinen die Gesundheitsverhältnisse bei den Arbeitern zu liegen, die mit heißen Chromatlösungen zu tun haben", Veranlassung gegeben haben, die Einschaltungstafel zu Seite 110 und 111 zu studieren. Er hätte dann gefunden, daß die Zahl der Krankheitsfälle und Krankheitstage der eigentlichen Chromatarbeiter überhaupt weit über den Durchschnitt der Arbeiter zum Reinigen der Arbeitskleider in Chromatbetrieben, weit über den Durchschnitt aller Betriebskrankenkassen Deutschlands und sogar weit über die Durchschnittsziffern der Curschmannschen Statistik hinausgehen. Wir wollen hier einmal das Resultat zeigen, denn anscheinend unterzieht sich Herr Hahn nur ungern solchen Berechnungen. Es betrugen die Krankheitsfälle und -tage pro 100 Arbeiter:

	Fälle	Tage
In sämtlichen Betriebskrankenkassen Deutschlands im Jahre 1909	46	885
In den Betriebskrankenkassen der chemischen Industrie nach Curschmann	55	965
In Chromatbetrieben nach Fischer insgesamt	154,7	2654,5
Davon entfielen in letzteren auf:		
Arbeiter zum Reinigen und Flicken der Arbeitskleider	50,5	950
Vorarbeiter und Aufseher	86,2	1140
Ofenarbeiter (inkl. Kohlenarbeiter)	87	1492
Arbeiter der Sulfatzentrifugen	90,2	1756
Kastenleerer und Packer	97,7	1642
Erzfahrer, Müller, Mischungmacher	138,7	2224
Arbeiter an Filterpressen	146,9	2371,5
Arbeiter im Lösungsraum	172	2731,5
Eindampfraum	328	5920,5
Arbeiter an den Feuerungen der Eindampfkessel	350	6317

Beim Vergleich dieser Statistiken drängt sich uns die Ueberzeugung auf, daß die Chromatfabrikation geradezu mörderisch — wir wählen den scharfen Ausdruck absichtlich — wirkt. Die verhältnismäßig hohen Ziffern waren die Ursache, daß der Autor die Gefahr der Chromatfabrikation nicht mit einigen Federstrichen wegleugnen konnte. Er hat sich allerdings auch nicht zu einem klaren Urteil aufgeschwungen, sondern die Fällung desselben dem Leser überlassen. Je nachdem nun die Broschüre studiert wird, wird das Urteil verschieden ausfallen. Liest man flüchtig, so erscheint die Chromatindustrie nicht allzu gefährlich, liest man gründlich, dann offenbart sich das Chromatarbeiterelend.

Herr Hahn, der Mitarbeiter der Zeitschrift „Gewerbehygiene und Gewerbekrankheiten" urteilt in seiner Besprechung so: „Die vorliegende gediegene Arbeit ist deshalb so wertvoll, weil sie mit der Sage von der Gefährlichkeit und Gesundheitsschädlichkeit der Chrombetriebe gründlich aufräumt. . . ."

Gott behüte uns vor solcher Wissenschaft, möchte man angesichts dieser „wissenschaftlichen" Entdeckung ausrufen. Das Treiben solcher Referenten und Kritiker wird geradezu gefährlich! Zur richtigen Besprechung einer wissenschaftlichen Arbeit gehört eben mehr, als das Studium des Inhaltsverzeichnisses und die Zusammenfügung einiger aus dem Zusammenhang geklaubter Zahlen und Sätze.

Prüfen wir nun einmal kurz, inwieweit die Gefährlichkeit der Chromfabrikation wirklich eine Sage ist. Zu diesem Zwecke geben wir zunächst die folgende Schilderung der Arbeitsweise und der Zustände des Chromatbetriebes der Badischen Anilin- und Sodafabrik wieder, die von einem Arbeiter gegeben wird:

„Ich wurde im Frühjahr 1909 im Chromsäure-Regenerationsbetrieb eingestellt, woselbst ich bis zum Streik arbeitete. Trotz harter Arbeit im Verwaltungsbetrieb, wo ich vorher 7 Jahre als Akkordarbeiter tätig war, kam mir die Arbeit am Ofen sehr schwer vor. Schon nach sechstägiger Arbeit bekam ich heftiges Stechen in der Brust, daß ich kaum atmen konnte und einige Zeit im Bett liegen mußte. Bei Wiederaufnahme der Arbeit sagte mir der Aufseher, ich hätte zuviel schädlichen Chromstaub eingeatmet. Ich müßte bei jeder Arbeit einen Schwamm vor Mund und Nase binden, was ich jedoch vom ersten Tage an getan hatte. Leider waren die Schwämme so porös, daß man einen Finger hindurchstecken konnte, wo selbstverständlich auch die größten Staubflocken hindurch geatmet wurden. Ich suchte dann in der Fabrik nach praktischen Respiratoren, konnte aber nur unter der Gefahr, entlassen zu werden, einen beibringen, welches Muster jetzt noch in Gebrauch ist. Diese Respiratoren sind gut, da sie wenig Staub durchlassen. Bei jedesmaligem Ersatz oder Umtausch eines zerrissenen wird der Arbeiter gemahnt, er solle gut aufpassen auf den Schwamm (nicht auf seine Lunge), denn die Schwämme kosten 3 Mk. pro Stück. Wie notwendig gute Respiratoren sind, möchte ich an der Arbeitsmethode beweisen. Die chromhaltigen Rückstände werden in flüssigem Zustande in die Trockenpfanne unter den Feuerungsherd gedrückt. Dort werden sie zum Teil zu Staub getrocknet und mit eisernen Kitschen herausgezogen. Dieser Staub wird mit Schaufeln in Schubkarren geladen und im Arbeitsraum auf Haufen gefahren, woselbst er bis zum Verbrauch nochmals mehrere Tage liegen bleibt. Dann wird er wieder in Karren geladen, an den Ofen gefahren und mit der Schaufel eingeworfen. Daß sich dabei kolossaler Staub entwickelt, wird jedem begreiflich sein.

Sämtliche Balken und Rohrleitungen sind fingerhoch voll von diesem Gifte. Zum Absaugen des Staubes sind Absauger vorhanden, welche aber sehr schlecht saugen und nicht überall angebracht sind. Zum Beispiel, wo der Chromstaub gelagert oder geschaufelt wird, fehlt der Absauger. Der abgesaugte Staub lagert sich auf die Dächer, bis starker Wind ihn durch die Fenster und Dachluken wieder im ganzen Bau herumjagt, daß man kaum die Augen öffnen kann. Auch das Feuerputzen geschieht mit großer Gefahr, da es in einem dunklen Loch vorgenommen werden muß, wo nicht der geringste Abzug vorhanden ist. Dadurch, daß der chromhaltige Staub im ganzen Bau herumwirbelt, sind die übrigen Arbeiter neben den Ofenarbeitern ebenfalls der Vergiftung ausgesetzt, besonders der sogenannten Elefantenbediener. Dieser Arbeiter ist in einer Höhe von ungefähr drei Meter oberhalb der Staubentwicklungsfläche beschäftigt und hat somit das größte Staubquantum um sich. Dieser Staub enthält aber nicht nur Chrom, sondern auch Anilin, besonders Safraninrückstände. Wird ein Arbeiter frisch eingestellt, so wird er vorher vom Kassenarzt einer gründlichen Untersuchung unterstellt. Schon nach einer Arbeitszeit von acht bis vierzehn Tagen stellen sich die ersten Leiden ein, und zwar in Nasenbluten, welches einige Zeit sehr lästig und heftig anhält. Nachdem stellen sich Nasengeschwüre ein. Eins folgt dem andern, an Heilung ist kaum zu denken. Kopfschmerzen und Appetitlosigkeit machen dem Arbeiter das Leben zur Qual. Jeder Arbeiter wird monatlich vom Kassenarzt untersucht. Bei der ersten Untersuchung heißt es: — Ulcus rechts, Ulcus links, dann Ulcus beiderseits. Nach einigen Monaten schon Perforation. In kurzer Zeit ist die Nasenscheidewand durchlöchert, bald ganz weggefressen. Der Arbeiter hat ein Stück seines Körpers verloren. Nach längerer Beschäftigung im Chromsäurebetrieb stellen sich Krankheiten ein, die viel Aehnlichkeit mit Lungentuberkulose haben, vom Arzt mit Leichtigkeit aber von letzterer zu unterscheiden ist. . . ."

Wir kennen die Einwände, die von den zünftigen Wissenschaftlern gegen solche Schilderungen, die mit ihrem aus Unternehmerinformationen gewonnenen Urteil gar nicht übereinstimmen wollen, erhoben werden. Das kann uns jedoch nicht hindern, ihnen mehr Glauben beizumessen, als mancher Abhandlung aus scheinbar oder wirklich uninteressierter Feder.

Wir schon aus der oben wiedergegebenen Zuschrift hervorgeht und wie auch wirklichen Kennern der Giftbetriebe nicht unbekannt ist, werden die schlechtesten und gefährlichsten Arbeiten in den Chromatbetrieben von Arbeitern verrichtet, die nur kurze Zeit im Betriebe sind. Die eigentlichen Stammarbeiter sind weit weniger gefährdet und können sich auch, infolge langjähriger Erfahrung und Uebung, besser schützen. Aber auch sie werden früher oder später Opfer ihrer Arbeit. Zwar können sie unter besonders günstigen Umständen zwei oder auch drei Jahrzehnte ihrem Schicksal entrinnen, aber nur selten länger. Wenn andre auf der Höhe des Lebens stehen, sind sie invalide, verbraucht, wenn nicht gar Vater Heim sich ihrer annimmt. Wer an dieser Feststellung zweifelt, beachte folgende Tabelle, die einige Angaben über die in den letzten Jahren aus der Chromabteilung der B. A. S. F. ausgeschiedenen Arbeiter bringt.

Name	Wieviel Jahre mit Chromaten beschäftigt?	Invalide geworden	Gestorben	Alter	Einstellungsalter
B.	32	—	16. 2. 08	54 Jahre	22 Jahre
R. I . . .	25	—	18. 3. 08	46 „	21 „
B. II . . .	20	9. 9. 08	—	42 „	22 „
V.	10	—	2. 2. 09	32 „	22 „
W.	9	5. 5. 09	—	40 „	31 „
G.	15	27. 5. 09	—	36 „	21 „
L.	19	18. 7. 09	—	59 „	40 „
K.	10	—	16. 12. 09	39 „	29 „
A.	28	—	11. 4. 10	50 „	22 „
L.	26	—	13. 1. 11	44 „	18 „
M.	22	28. 4. 11	—	49 „	22 „
E.	19	—	11. 5. 11	43 „	24 „
K.	15	12. 5. 11	—	29 „	14 „
F.	27	6. 6. 11	—	53 „	26 „
R.	28	—	6. 1. 12	55 „	27 „
S.	28	—	11. 3. 12	47 „	19 „
Im Durchschnitt . . .	20,8	—	—	44,9 Jahre	23,7 Jahre

Diese Tabelle ergibt für die Stammarbeiter ein durchschnittliches Einstellungsalter von rund 24 Jahren, eine durchschnittliche Dienstzeit von rund 21 Jahren und endlich ein Durchschnittsalter von 44,9 Jahren beim Eintritt der Invalidität oder des Todes. Man kann also sagen, daß die Chromatarbeiter durchschnittlich nach einundzwanzigjähriger Beschäftigung mit Invalidität oder Tod im besten Mannesalter zu rechnen haben. Alljährlich bleiben von 40 bis 50 über 10 Jahre beschäftigten Chromatarbeitern 3 bis 5 Arbeiter auf der Strecke. Wir wollen keine weiteren Schlußfolgerungen an diese traurige Liste knüpfen, die Zahlen sprechen für sich selbst. Wenn in Betracht gezogen wird, daß das Einstellungsalter dieser Stammarbeiter meist unter 30, ja unter 25 Jahren liegt und alle zur Einstellung gelangenden Leute auf ihren Gesundheitszustand hin gründlich untersucht wurden, und weiter berücksichtigt wird, daß gerade der ältere Stamm der Arbeiter nicht die schlechtesten Arbeiten im Betrieb zu verrichten hatte, dann hat die Behauptung, der Chromat-

Die Anfänge der Gewerbehygiene.

III.

Ein Präservativinstrument, das Aspirationstubus genannt wird, beschreibt Patissier so:

„Um sich einen deutlichen Begriff von diesem Instrument zu machen, muß man es sich ungefähr wie eine Tabakpfeife denken, wovon der Kopf zu unterst gekehrt und mit roher Baumwolle angefüllt ist, die man zuvor, je nach der Beschaffenheit der Dünste, die man unschädlich machen will, in diese oder jene Flüssigkeit taucht. Diese Maschine wird an der Brust befestigt. Sowie man davon Gebrauch machen will, faßt man die Röhre von der angegebenen Pfeife in den Mund und atmet durch dieselbe; beim Durchdringen der Baumwolle läßt die Luft in derselben alle schädlichen Teile zurück und wird dadurch zum Einatmen geeignet. Den Zweck erreicht man inzwischen durch diese Vorrichtung nicht ganz vollkommen; sei es wegen Beschwerlichkeit derselben oder weil am Ende die Luft nicht mehr durch die nasse Baumwolle hindurchdringen kann, oder auch, weil für die Respiration durch die Nasenlöcher hierbei noch nicht gesorgt ist. Im Fall man sich dieser Maschinen bedienen wollte, sollte man an Stelle des gläsernen Rohres ein biegsames setzen."

Als vielseitiges Mittel zur Herstellung von Respiratoren wurde der Schwamm als geeignet erkannt. Darüber berichtet Patissier:

„Gosse aus Gent schlägt in einer Denkschrift über die Heilmittel bei angefeuchten Professionen vor: Um die Arbeiter vor dem Einatmen schädlichen Dünste zu schützen, sollten sie einen Schwamm mit irgendeiner schicklichen Flüssigkeit anfeuchten und solchen mit Bändern auf dem Gesichte befestigen. Man wählt hierzu einen Schwamm von feinem, aber dichtem Gewebe, dessen Gestalt sich, soviel immer möglich, der eines hohlen Kegels nähert, dessen Basis wiederum groß genug sein müßte, um die ganze Nase, Mund und Kinn zu bedecken. Ein in reines Wasser getauchter Schwamm ist schon hinreichend, um das Eindringen des Staubes, welcher Art er sei, zu verhindern, dies Mittel würde daher für Farbenreiber, Gips- und Sandsteinarbeiter, für die Verfertiger von Federbüschen und dergl., für Wollenkämmer und Hutmacher von gutem Erfolge sein; auch dient es dazu, die Merkurialdünste dichter zu machen."

Ueber die Flüssigkeit, mit der der Schwamm zu tränken ist, gibt Patissier folgenden Aufschluß:

„Will man saure Gasarten neutralisieren und unschädlich machen, so mische man unter das Wasser, womit der Schwamm angefeuchtet werden soll, etwas aufgelöste Pottasche, und zwar in dem Verhältnis, daß man eine Unze Pottasche und acht Unzen Wasser nimmt. — Essig, welches mit Weinessig gesäuert ist, Salpeter, Schwefel, oxygenierte Salzsäure wird imstande sein, den Einfluß um vieles zu mildern, den das animalische Miasma in den anatomischen Sälen hat, in den Hospitälern, bei den Verrichtungen der Abtrittfeger und Totengräber, bei den Professionen, wobei man animalische oder ammoniakalische Stoffe anwendet, bei den Abdeckern, den Leder-, Leimfabrikanten u. a. m. Ein in Kalkwasser getauchter Schwamm kann bis zu einem gewissen Grade dazu dienen, den Einfluß der Kohlensäure für den Augenblick zu verhindern, und mit einer Auflösung von Bleiessig könnte er bei allen den Gelegenheiten nützlich werden, wo man dem Schwefelwasserstoffgas und dem hydrosulphurischen Ammoniakgas ausgesetzt ist, wie z. B. in den Abtritten. Der Schwamm kann ferner mit Nutzen gebraucht werden, um die Präservativbrillen damit einzufassen, die man gegen augenentzündliche Stoffe braucht. Auf diese Art können die Brillen den Abtrittsfegern, den Herstellern von sauren Stoffen, überhaupt allen Arbeitern, die reizenden Ausdünstungen oder einer allzugroßen Hitze ausgesetzt sind, von vielem Nutzen sein. Nicht minder zweckmäßig, als diese genannten Vorsichtsmaßregeln, würde die sein, etwas mit Oel getränkte Baumwolle in den äußeren Gehörgang zu stopfen, um die Membran des Trommelfells zu schützen.

Die Heilmittel des 18. und 19. Jahrhunderts waren nur selten auf ihre Wirkung hin einer exakten wissenschaftlichen Prüfung unterworfen, so daß selbst die Aerzte damaliger Zeit Mittel verschrieben, die längst als unwirksam erkannt waren. Vor allem waren die damaligen Heilkünstler jederzeit bereit, die Kranken zur Ader zu lassen, mindestens aber Schröpfköpfe oder Blutegel anzusetzen; auch die Klistierspritze spielte eine große Rolle. So wurden einem Gerber, der durch seine Arbeit sich einseitig und ein krummes Rückgrat geschafft hatte, Blutegel an den Ausgang des Mastdarmes gesetzt.

Ein andres Heilmittel, eigentlich mehr Reizmittel, war das Chlorgas. So wurden Brunnen- und Kloakenfeger, die durch die im Brunnen und in Kloaken befindlichen giftigen Gase zu Schaden gekommen waren, mit Chlorgas und Aderlaß behandelt. Der Mediziner Chomel berichtet über die Behandlung eines derartigen Vergifteten folgendes:

„Das Einblasen von Chlorindunst erregte Husten; aber so heftig, daß man daraus ersehen konnte, wie vorsichtig man mit der Anwendung des starken Mittels sein muß." Dem Patienten wurden außerdem noch verordnet: Zwei Gramm Brechweinstein, aufgelöst in 8 Unzen Wasser, zwei reizende Klistiere, außerdem wurden ihm große Senfpflaster auf die Waden gelegt. Nach dieser Prozedur erholte sich der Vergiftete angeblich wieder.

Ein Mittel, um die schädlichen Wirkungen von Säuredämpfen zu heilen, war Gummiarabikum innerlich gegeben. Auch wurde dem Geschädigten Milch verabreicht.

Eine sehr eingehende Behandlung erfuhr die Bleikolik. Am ersten Tage wurden abführende Klistiere aus Sennesblättern, Glaubersalz und Brechweinstein, sowie abführende Getränke aus schwefelsaurer Magnesia und Brechweinstein gegeben. Zur Stillung von Schmerzen wurden Klistiere aus Nußöl und Rotwein und innerlich Opium verabreicht. Am zweiten Tage gab es erneut Brechmittel und schweißtreibende Getränke, am dritten bis sechsten Tage gelinde Abführmittel. Ein andres schmerzstillendes Mittel bestand darin, daß drei oder vier Menschen sich auf den Bauch des Patienten legten, wodurch ihm angeblich Linderung verschafft wurde. Neben diesen bereits angeführten Heilmitteln wurden Tees verschiedener Art, manchmal heuchlerischerweise, verordnet.

betrieb ist einer der gesundheitsschädlichsten Betriebe, seine volle Berechtigung.

In der Regel geht der Invalidität oder dem Tod längere Krankheit voraus. So hatte der zuletzt verstorbene Arbeiter Sch., der im Jahre 1906 als Vorsitzender des Arbeiterausschusses der Badischen Anilin- und Sodafabrik fungierte und bei der Arbeiterschaft in hoher Achtung stand, zehn Monate qualvolle Leiden auszuhalten, ehe der Tod ihn erlöste. Ein andrer Arbeiter, der ebenfalls im Chromatbetrieb arbeitete, befindet sich seit dem 18. Oktober 1911 in ärztlicher Behandlung. Der Kopf war ihm bis zur Unkenntlichkeit verschwollen. Die Krankheit Schönhaars gab Herrn Dr. Westhoven Anlaß, die Chromöfen zu besichtigen. Er ordnete an, daß ein Ofen, in dem Safraninrückstände getrocknet wurden, einer Umänderung unterworfen werden sollte.

Diese Anordnung (die allerdings nach fünf Monaten noch nicht ausgeführt ist) läßt doch nur den Schluß zu, daß Westhoven die langwierige Erkrankung mit der Arbeit im Chromatbetrieb in Verbindung bringt. Aber auch wenn er es nicht täte, wäre damit noch nichts gegen den Zusammenhang bewiesen. Wir sind nun einmal Skeptiker, wenn es sich um Urteile und Angaben chemischer Betriebsärzte handelt. Und wir haben dazu gute Gründe. Wir haben aber auch gute Gründe, gewissen Auslassungen von wirklich oder scheinbar uninteressierter Seite entgegenzutreten, die wenn nicht den Zweck, so doch den Erfolg haben, daß die Oeffentlichkeit über die tatsächlichen Verhältnisse irregeführt wird. Wohlverstanden: Wir haben nichts dagegen und verstehen es durchaus, wenn die Unternehmer durch direkt Beauftragte in ihren Blättern oder Versammlungen die tatsächlichen Verhältnisse rosig färben; wir wehren uns nur dagegen, daß tendenziöse Darstellungen und einseitige Urteile unter dem Deckmantel der Wissenschaft und Parteilosigkeit in die Welt gejagt werden. B.

× **Notizen vom Wirtschaftsmarkt.**

Die chemische Industrie wies in den Monaten November 1911 bis März 1912 einschließlich der Industrie der Fette, Oele usw. eine gute Beschäftigung auf. Die Berichte über die Säurefabrikation lauten befriedigend und in chemischen pharmazeutischen Präparaten war der Geschäftsgang durchweg recht befriedigend. Nach einem Bericht des Vereins deutscher Farb- und Gerbstoff-Fabrikanten war der Geschäftsgang in der Farb- und Gerbstoffindustrie zufriedenstellend. Auch die aus der Anilin-, Teer-, Blei- und der übrigen Farbenindustrie vorliegenden Berichte lauten in der Mehrzahl günstig. In der Teerdestillation war die Beschäftigung wie in den Vormonaten normal. Die Gelatinefabriken waren gut beschäftigt. In der Zeresinherstellung ist gegenüber den Vormonaten eine Verschlechterung eingetreten. Die norddeutschen Glyzerinraffinerien weisen einen regen Geschäftsgang sowie Verbesserung gegenüber den Vormonaten auf, während die westdeutschen Glyzerinraffinerien schwache Beschäftigung und Verschlechterung melden.

Das Exportgeschäft der chemischen Industrie entwickelte sich im ersten Quartal 1912 nicht durchweg befriedigend. Vor allem hat die Ausfuhr von Farben, Farbwaren, Firnissen, Lacken und Kitten nachgelassen. Auch in andern Warengruppen ist eine Abschwächung oder nur eine geringe Zunahme des Exports zu verzeichnen. Sehr günstig gestaltete sich allerdings der Absatz von Düngemitteln am Weltmarkte. Die Gesamtausfuhr von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Farben und Farbwaren ist im ersten Quartal 1912 von 10 267 026 auf 11 019 206 Doppelzentner angewachsen; dem Werte nach ergibt sich eine Steigerung von 190,77 auf 198,09 Millionen Mark. In den wichtigsten Warengruppen gestaltete sich die Bewegung des Exports in den ersten drei Monaten der Jahre 1911 und 1912 wie folgt:

	Menge in Doppelzentnern		Wert in Mill. Mark	
	1911	1912	1911	1912
Chemische Grundstoffe, Säuren, Salze usw	7 799 163	7 817 571	83,24	80,23
Farben und Farbwaren	499 859	496 280	59,53	59,83
Firnisse, Lacke, Kitte	13 927	13 845	1,52	1,64
Aether, Alkohole, Riechstoffe usw.	28 149	27 272	7,07	7,43
Sprengstoffe, Schießbedarf, Zündwaren	38 948	50 823	11,19	14,57
Künstliche Düngemittel	1 776 813	2 518 488	11,19	14,57
Sonstige chemische Produkte	110 167	95 227	17,92	19,67

Der Rückgang der Ausfuhr von Farben und Farbwaren erklärt sich vor allem aus dem verminderten Absatz von Blei-, Zink-, Lithoponweiß, Eisenoxyd usw. Auch der Export von Blei-, Farben- und Kohlenstiften hat nachgelassen. Die Anilinfarbenindustrie hat eine Besserung des Auslandsgeschäfts erzielt. Die Gesamtausfuhr von Anilinfarben usw. erhöhte sich von 133,10 auf 142,83 Millionen Mark. Der Export von Alizarin und Indigo ist bedeutend zurückgegangen, während die Ausfuhr von Alizarinfarbstoffen kräftig angenommen hat. Die chinesische Revolution und der Raubzug der Italiener nach Tripolis haben absatzfördernd auf die Sprengstoffindustrie gewirkt. Im Monat März 1912 wurden allein 52 697 Doppelzentner Schießbedarf usw. im Werte von 9,46 Millionen Mark exportiert. China bezog in den ersten drei Monaten dieses Jahres 14 882 Doppelzentner gefüllte Waffenpatronen gegen 19 Doppelzentner im Vorjahre. Die Ausfuhr von Sprengpulver, Dynamit usw. nach der Türkei ist von 488 Doppelzentner auf 1924 gestiegen. Italien deckt seinen Bedarf an Munition fast ausschließlich im eigenen Lande. Deckfarben, Stand öl usw. wurden im laufenden Jahre bisher nur 1614 Doppelzentner exportiert gegen 2613 Doppelzentner im Vorjahre. Die Ausfuhr von Lackfarben, Lacken usw. ist von 9012 Doppelzentner auf 9850 Doppelzentner gestiegen.

× **Wirkungen des Bergarbeiterstreiks auf die englische Farbenindustrie.**

Die „Farbenzeitung" veröffentlicht einen Brief ihres Londoner Spezialkorrespondenten, der über die allgemeine Geschäftslage in der englischen Farbenindustrie und die Einwirkungen des Kohlenarbeiterstreiks auf diese schreibt. Nur zu deutlich gehen aus seinen Zeilen die erheblichen Schäden hervor, die durch die Hartnäckigkeit englischer Kohlenmagnaten infolge des Generalstreiks entstanden sind. Die Hauptschwierigkeit beim Streik bestand in der Transportfrage, weil es den Fahrern an Schutz mangelte. Infolgedessen konnten die Farbenfabriken nicht richtig arbeiten und mehrere große Werke haben während der Osterfeiertage ihre Betriebe länger als üblich geschlossen. Den Verbrauchern der Farben, vorwiegend den Anstreichern, fehlte es an Aufträgen. Die Bestellungen waren daher während des Streiks gering, die Sendungen, die unterwegs waren, trafen nicht rechtzeitig ein. Profitiert hat die Automobilindustrie, die ausschließlich zum Transport herangezogen wurde und die auch selbst wegen Ausführungen eigener Transporte nicht in Verlegenheit geriet. Ueber die Farbenarbeiter schreibt der Berichterstatter:

„Die Hauptschwierigkeit stellt unter den bestehenden Verhältnissen immer die Arbeiterfrage. Zwar haben die Farbenarbeiter selbst bisher noch keine direkte Unruhe gezeigt. Unter den heutigen Verhältnissen kann aber niemand sagen, was die nächsten Wochen bringen. Wir befinden uns in England in der Mitte oder erst am Anfang einer allgemeinen Arbeitergärung. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach sind die Arbeiter Englands gewillt, die Neuordnung ihrer Löhne vorzunehmen, und jeder Sieg auf einer Seite der Industrie muß neue Streiks auf der andern bringen, bis das Gleichgewichtsverhältnis wieder hergestellt ist. Infolgedessen wimmelt es in den Zeitungen von Nachrichten über Arbeiterfragen. Die Anstreicher in Barton on Trent wollen in Streik gehen, die Farbenarbeiter in Mansfield haben dieselbe Absicht gezeigt, und so geht es fort. Jeder Tag bringt neue Anzeichen dieser Kampfesgeister. Die englische Farbenindustrie muß mit diesen Anzeichen rechnen, und es ist deshalb schwer, heute zu sagen, wie sich die nächsten Wochen entwickeln werden. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die englische chemische Industrie den Wünschen ihrer Farbenarbeiter wird entziehen können und es wird auf alle Fälle in absehbarer Zeit zu einem Lohnkonflikt kommen. Ob dieser dann unbedingt zu einem Streik führen muß, ist schwer zu sagen. Die chemische Industrie ist im allgemeinen, wenige Ausnahmen zugegeben, in Arbeiterfragen nicht so ablehnend gewesen und berechtigte Forderungen sind den Arbeitern in England stets zuerkannt worden. Ein Streik in der Farbenindustrie würde natürlich ernste Folgen für diese haben. Wenn jedoch dies Ereignis nicht eintreten sollte, so ist darauf zu rechnen, daß das laufende Jahr für die Farbenindustrie Englands eine weitere Vermehrung ihres Umsatzes bringt, denn die ungünstigen Folgen des Kohlenarbeiterstreiks werden schnell überwunden werden können."

Demnach lassen die Farbenfabrikarbeiter jenseits des Kanals sich genau so das Fell über die Ohren ziehen, wie die deutschen Farbenarbeiter, dagegen sollen die englischen Farbindustriellen weniger protzenhaft sein als die deutschen. Die Zeit wird es ja lehren!

× **Unfallentschädigung für Gewerbekrankheiten in — Ungarn.**

Nach Beschluß des Direktoriums der Landeskasse sollen in Ungarn die nachstehenden gewerblichen Gesundheitsschädigungen den Betriebsunfällen gleichgestellt werden: Milzkrankheit, Wurmkrankheit, Rotz; Vergiftungen durch Blei, Phosphor, Arsen, Benzol-, Nitro- und Amidoverbindungen, Schwefelkohlenstoff, Salpetersäure und nitrose Gase, Quecksilber; weiterhin Hautverätzungen und Hautgeschwüre, Chromatgeschwüre, Teerschädigungen der Augen und Haut; der Paraffin- und Rußkrebs; endlich eine Reihe typischer Berufskrankheiten: Nystagmus der Bergleute, Star der Glasbläser, die Caissonkrankheit; dann Sehnenscheiden- und Schleimbeutelentzündungen und Zellgewebsentzündungen, soweit sie sich von der beruflichen Eigenart ableiten.

Und Deutschland?

Verschiedene Industrien

Die Zuckerkonvention.

Mit der Gewinnung des Rübenzuckers hat die Chemie in Verbindung mit der Technik einen der großartigsten Triumphe auf dem Gebiete der Nahrungsmittelindustrie errungen. Bis vor 100 Jahren kannte man nur das aus dem Zuckerrohr gewonnene Produkt, das naturgemäß sehr teuer war und kein Volksnahrungsmittel werden konnte.

Das Verdienst der Erfindung der Rübenzuckergewinnung gebührt dem deutschen Chemiker Achard. Sein 1803 herausgefundenes Verfahren erprobte er praktisch in einer auf seinem Gute in Schlesien erbauten Fabrik. Und seine Erfolge reizten zur Nachahmung. Schnell wuchs die Zahl der Fabriken und der Staat sah ein neues ergiebiges Steuerobjekt große Bedeutung gewinnen. Die Zurückdrängung des Importzuckers, der mit einem Zoll belegt war, bedeutete für den Staat einen Einnahmeausfall. Durch eine im Jahre 1841 eingeführte, zunächst niedrige, später außerordentlich hohe Steuer wußte er sich dafür einen mehr als ausreichenden Ausgleich zu verschaffen.

Im Keime der ersten Steuer steckte bereits die nachher so berüchtigt gewordene Liebesgabe. Die erste Steuer war eine sogenannte Materialgabe. Für jeden Doppelzentner verarbeiteter Rüben waren 60 Pfg. Steuern zu entrichten. Bei der Ausfuhr wurde die Steuer zurückvergütet. Bei der Berechnung unterstellte man, daß aus $12^1/_2$ Zentner Rüben ein Doppelzentner Zucker gewonnen werde. Verbesserte Technik steigerte das Ausbringen aber fortgesetzt. Zur Herstellung eines Zentners Zucker brauchte man im Jahre 1837 noch 17,29 Zentner Rüben, nach 1860 nur noch 11,60 Zentner. Bis 1883 erniedrigte die verbesserte Anbau- und Fabrikationstechnik den Rübenverbrauch pro Zentner Zucker auf 6,68 Zentner, bis 1910 sogar auf 6,33 Zentner. Das Ausbeuteverhältnis (von Rüben zu Zucker) ist von 5,55 im Jahre 1837 bis auf 15,8 Prozent im Jahre 1910 gestiegen.

Während der bis 1892 bestehenden Materialsteuer und Rückvergütung erhielten die Zuckerproduzenten eine ganz bedeutende Ausfuhrprämie. Sie betrug 1882 pro Doppelzentner 3,24 Mk., 1883 4,98 Mk., 1892 1,25 Mk. Die Folge davon war, daß deutscher Zucker im Auslande viel billiger verkauft wurde als im Inlande. Die deutschen Konsumenten wurden zugunsten der Zuckeragrarier und auch der auswärtigen Verbraucher geschröpft. Daneben wurde natürlich auch der Ertrag des Staates an der Zuckersteuer geringer. 1883 betrug er roh 141 684 Millionen Mark, nach Abzug der Rückvergütigungen 67 287 Millionen Mark. Er sank über 188. bis auf 120 250 Millionen Mark bezw. auf 1467 Millionen Mark.

Dafür konnte in England deutscher Zucker, der hier wegen der hohen Steuer als Luxusartikel galt, oftmals gar als Schweinefutter verwendet werden. Gleichzeitig wurde der deutsche Zucker in England die Grundlage einer großen, weltbeherrschenden Konfitüren-, Marmelade- und Konserveindustrie.

Die Prämienwirtschaft schädigte das Inland in doppelter Weise: den Konsumenten machte sie ein wichtiges Nahrungsmittel zu einem unerschwinglichen Genußmittel, und sie verengerte den Arbeitsmarkt, erschwerte die Entwicklung der deutschen Zucker verarbeitenden Industrie. Aber die Zuckerbarone fühlten sich wohl und das gab für die Regierungspolitik, wie ja auch heute noch, den Ausschlag.

Aber die Sache hatte doch ihre Schattenseite. Andre Staaten folgten auf demselben Wege. Auch sie wollten durch Gewährung von Prämien die einheimische Zuckererzeugung fördern. So entstand eine Prämienwettjagd. In Deutschland wurde 1892 die an Stelle der früheren Materialsteuer seit 1884 erhobene Verbrauchsabgabe, die pro Doppelzentner Zucker 12 Mk. betrug, auf 18 Mk. erhöht und dazu eine offene Ausfuhrprämie von 1,25 bis 2 Mk. eingeführt. Das Zuckersteuergesetz von 1896 verteuerte den Zucker noch mehr, gewährte den Zuckerfabrikanten ungeheure Profite. Eine staffelförmige Betriebssteuer erhöhte die Verbrauchsabgaben von 18 auf 20 Mk. und verdoppelte die Ausfuhrprämie. Dazu brachte eine Kontigentierung der Produktion mit gewöhnlicher Steuer und erhöhter Abgabe für das Ueberkontingent (ähnlich dem Branntweinsteuergesetz) einen weiteren Profit für die Zuckeragrarier. Die erhöhten Abgaben waren maßgebend für den Preis, den Profit durch die niedrigen Abgaben des Kontingents steckten die rübenbauenden Agrarier in die Tasche. Ein Zuckerkartell suchte den schönen Zustand für die Zuckerbarone dauernd zu erhalten. Ein Eingangszoll von 40 Mk. verschloß jeder Konkurrenz das Tor. So erfreute sich das Ausland billigen deutschen Zuckers, während der deutsche Konsument ihn nicht kaufen konnte. Es entwickelten sich die vorstehend schon skizzierten Verhältnisse.

Ein in England akut werdender Interessenkonflikt gab den Anstoß zu einer Reform des internationalen Zuckerhandels und der Besteuerung. Der in England erstarkende Imperialismus verlangte Schutz für den in den englischen Kolonien gewonnenen Rohrzucker. Die indischen Rohrzuckerplantagenbesitzer fanden in der konservativen Regierung Englands eine Förderin ihrer auf Eroberung des englischen Marktes gerichteten Bestrebungen. Sie drohte mit einem Strafzoll auf Prämienzucker. Das gab den Anlaß zu internationalen Verhandlungen, die schließlich zu einer Verständigung in einer in Brüssel 1902 abgehaltenen Konferenz, der Brüsseler Konvention, führten.

England, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien und Holland, später auch Italien, Peru, Schweden und die Schweiz traten der Konvention bei und verpflichteten sich damit, Ausfuhrprämien vollständig abzuschaffen. Zucker aus Ländern, die eine direkte oder indirekte Ausfuhrvergütung gewähren, wird mit einem Zuschlagszoll in Höhe dieser Prämie belegt.

Trotz des Widerspruchs der deutschen Agrarier, die den Ruin des Rübenbaues und der Zuckerindustrie prophezeiten, fand die Konvention im deutschen Reichstag die Billigung der Mehrheit. Ein neues Zuckergesetz beseitigte Betriebssteuer, Ausfuhrprämie und Kontingentierung ganz und setzte die Verbrauchsabgabe von 20 auf 14 Mk. herab. Die Brüsseler Konvention senkte den Preis und steigerte den Verbrauch. Das war ein großer Vorteil. Trotzdem steht der Preis des Zuckers auch bei normalen Rübenernten in Deutschland noch immer derartig hoch, daß er das Arbeiterbudget ganz ungewöhnlich belastet und den Zucker trotz des hohen Nährwertes zu einem Luxusartikel macht.

In diesem Jahre drohte die Konvention auseinandergesprengt zu werden. Ein Staat hatte sich der Konvention zunächst nicht angeschlossen, Rußland. Die russische Regierung behauptete, sie zahle keine Ausfuhrprämien. In Wirklichkeit besteht indessen eine versteckte Prämie. Da Rußland dieses System nicht aufgeben wollte, wurde ihm der Beitritt zur Konvention verweigert, und der russische Zucker wurde mit Ausnahmezöllen belegt. Erst 1907 wurde Rußland zugelassen, aber es darf nicht mehr als 200 000 Tonnen in die europäischen Länder einführen.

Im letzten Jahre entstanden nun ganz anormale Zustände. Die Rübenernte ist in Deutschland, Oesterreich, Frankreich ganz außerordentlich gering ausgefallen; es fehlt an Zucker; die Preise schnellten wahnsinnig in die Höhe. Nur Rußland hatte eine günstige Rübenernte. Da auch 1910 die Ernte günstig war, so lagerten in Rußland enorme Mengen Zucker. Rußland forderte nun, daß für das laufende Jahr eine Ausnahme gemacht und ihm gestattet werde, statt 200 000 Tonnen 500 000 auszuführen. Dieses Verlangen unterstützte England, wo man wieder Sehnsucht nach billigem Prämien-Zucker verspürte. Besonders die Unternehmer der zuckerverbrauchenden Industrien (Fabrikation von Marmeladen, Fruchtsäften, Biskuits usw.), die eine nicht unerhebliche Rolle spielen, drängten nach dieser Richtung. Dagegen protestierten die Zuckerfabrikanten Deutschlands und Oesterreichs, daß Rußland das verlangte Zugeständnis gemacht werde. Nach verschiedenen ergebnislosen Verhandlungen kamen die Unterhändler der Staaten zu einer Einigung auf der Grundlage, die Konvention unter den alten Bedingungen noch auf weitere fünf Jahre, also bis 1. September 1913, aufrechtzuerhalten und Rußland eine einmalige vorübergehende Erhöhung von 250 000 Tonnen zuzubilligen. Von der Gesamtmenge entfallen 150 000 Tonnen auf das laufende Jahr und je 50 000 Tonnen auf die beiden folgenden Jahre.

Dem Abkommen ist der Reichstag Ende März beigetreten. Im Interesse der Arbeiter läge es, die Steuer durch allmähliche Reduzierung vollständig aufzuheben und so den Konsum zu fördern. Damit wäre sowohl dem Interesse der Konsumenten, dem allgemeinen Volkswohl, wie auch dem der Arbeiter in der Zuckerindustrie am besten gedient.

---

* **Aus der Asphalt- und Dachpappenindustrie.**

Ein Bild über die Absatzverhältnisse dieser Industrie in den Jahren 1910/11 geben uns nachfolgende Zahlen. Es betrug die

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1910	1911	1910	1911
	T.-K.	T.-K.	T.-K.	T.-K.
Asphalt und Asphaltsteine	1 177 625	1 336 345	125 105	112 399
Asphaltmastix, Asphaltkitt, Harz- und Holzzement	29 322	27 867	370 174	406 483
Dachpappe, Röhren aus Dachpappe, Steinpappe, Schiffsfilz	11 402	12 682	106 510	108 361

Der Asphalt kommt als Rohprodukt zum großen Teil aus dem Ausland, hauptsächlich von der Insel Trinidad, kleinere Mengen geringwertiger Produkte werden in Deutschland gewonnen. Die Ziffern weisen in der Einfuhr einen Aufschwung, in der Ausfuhr einen Rückgang auf. Der Absatz hat sich im Inland wesentlich gehoben, ein Beweis für die günstige Konjunktur des Asphaltgeschäfts. Weniger befriedigend ist die Ausfuhr, die einen Rückgang, jedenfalls von Fertigfabrikaten, aufweist.

Einen guten Geschäftsgang weist die zweite Gruppe: Asphaltmastix, Asphaltkitt, Harz- und Holzzement auf. Die Einfuhr ist wesentlich gefallen, dagegen hat die Ausfuhr einen erfreulichen Aufschwung erfahren, der auf einen günstigen Geschäftsgang hinweist. Weniger befriedigend ist das Geschäft in Dachpappe gewesen, das mit seinen Ein- und Ausfuhrziffern ziemlich stagniert.

* **An die falsche Adresse.**

Die „Monatsschrift für die Margarineindustrie" fühlt sich bemüßigt, unsre Statistik über die Arbeitsbedingungen in den Kunstbutter- und Speisefettfabriken einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Leider geschieht das mit einer Sachkunde und in einer Form, die dem Kritiker ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellt. Daß er uns Einseitigkeit und Parteinahme vorwirft, nehmen wir gewiß nicht tragisch, und die Mängel unsrer Statistik sind in der Bearbeitung treffender hervorgehoben worden, als in der Abhandlung der „Monatsschrift", aber daß er von uns, wenn auch indirekt, fordert, wir sollen eine vollständige Statistik über Arbeiterzahl, Löhne usw. beibringen, weil es in der Margarineindustrie an statistischen Erhebungen fehlt, ist ein so herzlich naives Verlangen, daß wir nicht einmal darüber lachen können. Warum wendet sich die „Monatsschrift" nicht an die Unternehmer, mit denen sie doch so gute Verbindungen hat? Sie möchte so gerne genaue Zahlen haben, denn „aus der Kopfzahl der Arbeiter läßt sich mit ziemlicher Richtigkeit die Produktionsziffer und somit Umsatz und Bedeutung jedes Werkes erkennen". Das mag schon richtig sein, aber wir haben gar keinen Anlaß, diese uns sehr erklärliche Neugierde der Herren von der „Monatsschr." zu befriedigen. Wir mischen uns nicht in die Konkurrenz der Firmen, uns ist der Mohr so lieb wie der Prinz. Deshalb haben wir für die schulmeisterlichen Ratschläge der „Monatsschrift" gar kein Verständnis; wenn den Unternehmern wirklich an einer umfassenden, in jeder Hinsicht zuverlässigen Statistik der Lohn- und Arbeitsbedingungen liegt, dann sollen sie nicht nörgeln, sondern besser machen. Wir können nur dort die Verhältnisse erkunden, wo wir Mitglieder haben und auch da noch nicht überall in dem Umfange und mit der Gründlichkeit, die notwendig und wünschenswert ist. Unsre Statistik muß also lückenhaft und unvollkommen sein. Die Unternehmer könnten eine Statistik in wenigen Tagen schaffen. Daß sie es nicht tun, beweist, daß ihnen der gute Wille dazu durchaus fehlt. Vielleicht richtet die „Monatsschrift" ihre Kritik einmal an die rechte Adresse.